


86. Sitzung, Montag, 17. Dezember 2012, 8.15 Uhr

 Vorsitz: *Bernhard Egg (SP, Elgg)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen *Seite 5820*
- Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 5821*
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage* *Seite 5822*
- Genesungswünsche an Marcel Burlet..... *Seite 5822*
- Dank an die EDU fürs Weihnachtspräsent *Seite 5822*

2. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Beat Badertscher, Zürich

 KR-Nr. 360/2012 *Seite 5822*
3. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2013 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2013 bis 2016 (KEF 2013) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2012, Nachtrag vom 31. Oktober 2012 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2012;

 Fortsetzung der Beratungen **4930b**..... *Seite 5823*
Verschiedenes

- Verabschiedung von Evi Didierjean..... *Seite 5866*
- Wünsche zum Jahreswechsel..... *Seite 5867*

- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Fraktionserklärung der Grünen zu den «neuen Verkehrsvögten» aus Merenschwand und Wädenswil* Seite 5841
 - *Fraktionserklärung der BDP zum Entscheid des Regierungsrates gegen den Spurabbau beim Bellevue*..... Seite 5842
 - *Fraktionserklärung der EDU zum Erfolg der Heilsarmee an der Ausscheidung zum Eurovision Song Contest 2013*..... Seite 5843
- Rücktrittserklärungen
 - *Rücktritt aus dem Kantonsrat von Rolf André Siegenthaler, Zürich* Seite 5868

Geschäftsordnung

Ratspräsident Bernhard Egg: Ich kann noch folgende Erklärung dazu abgeben: Falls wir am Morgen die Budgetdebatte zeitig beenden können, würden wir dann zu Traktandum 6 springen und das Kantonsratsgesetz und das Geschäftsreglement behandeln. Ansonsten läuft es wie im blauen Büchlein. Wir würden am Nachmittag dann einfach mit Traktandum 4 folgende weiterfahren.

Wird das Wort zur Traktandenliste gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann ist sie so genehmigt, wir gehen so vor.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Bernhard Egg: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf acht Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 260/2012, Monetäres Anreizsystem der US-Steuerbehörden in Sachen Whistleblower Bradley Birkenfeld / UBS AG
Jacqueline Hofer (SVP, Dübendorf)
- KR-Nr. 281/2012, Drogen in Asylunterkünften
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)

- KR-Nr. 282/2012, Weisung der Baudirektion vom 12. Juli 2012
Martin Farner (FDP, Oberstammheim)
- KR-Nr. 285/2012, Stärkung der MINT-Kompetenzen
Lorenz Schmid (CVP, Männedorf)
- KR-Nr. 286/2012, Bahnhof Wipkingen: Verschlechterung der S-Bahnverbindungen mit der Eröffnung der Durchmesserlinie
Judith Stofer (AL, Zürich)
- KR-Nr. 292/2012, Lateinkenntnisse beim Studium
Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)
- KR-Nr. 297/2012, Abtreibung nach Vergewaltigung
Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.)
- KR-Nr. 325/2012, Festsetzung der Beiträge fürs Normdefizit
Ruth Frei (SVP, Wald)

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit:

- **Teilrevision des Sozialhilfegesetzes**
Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 2/2010, Vorlage 4945

Zuweisung an die Kommission für Planung und Bau:

- **Strassengesetz; Umsetzung des Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Zürisee für alli»**
Vorlage 4946

Zuweisung an die Kommission für Bildung und Kultur:

- **Genehmigung der Wahl eines Mitglieds der Berufsbildungskommission für die Amtsdauer 2011 bis 2015**
Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 4947

Zuweisung an die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit:

- **Zivilschutzgesetz**
Vorlage 4948

Zuweisung an die Kommission für Staat und Gemeinden:

– **Zustellung der Lohnabrechnung für kantonale Angestellte per E-Mail im Intranet**

Beschluss des Kantonsrates zum Postulat KR-Nr. 315/2010, Vorlage 4950

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 82. Sitzung vom 10. Dezember 2012, 8.15 Uhr

Genesungswünsche an Marcel Burlet

Ratspräsident Bernhard Egg: Und nun bitte ich Sie wirklich um Aufmerksamkeit. Am letzten Dienstag hat unser Kollege Marcel Burlet gefehlt. Das war für ihn sehr ungewohnt und wir waren beunruhigt, weil man ihn nicht erreicht hat. Es hat sich herausgestellt, dass er einen Aorta-Riss erlitten hat. Er hat es zum Glück überlebt – Sie wissen, dass das nicht ganz selbstverständlich ist – und er konnte operiert werden. Es geht ihm den Verhältnissen entsprechend gut. Er ist im USZ (*Universitätsspital Zürich*) untergebracht und wir wünschen ihm von Herzen gute Besserung und hoffen sehr, dass er soweit genesen kann, dass er Weihnachten mit seiner Familie zu Hause feiern kann.

Dank an die EDU fürs Weihnachtspräsent

Ratspräsident Bernhard Egg: Dann danke ich der EDU für die feinen – nicht Spitzbuben – Spitzherzen. Wir werden sie geniessen. Vielen Dank an die EDU-Fraktion. (*Applaus.*)

Ich habe «Herzen» gesagt, es sind natürlich Sterne. Aber das Herz lag mir aufgrund der vorherigen Mitteilung wohl etwas näher.

2. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

für den aus dem Kantonsrat zurückgetretenen Beat Badertscher, Zürich

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 360/2012

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Dieter Kläy, FDP, Winterthur.

Ratspräsident Bernhard Egg: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraph 43 litera a des Geschäftsreglements, Dieter Kläy als Mitglied der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2013 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2013 bis 2016 (KEF 2013) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2012, Nachtrag vom Oktober 2012 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 22. November 2012 **4930b**; Fortsetzung der Beratungen

Ratspräsident Bernhard Egg: Wir fahren weiter mit der Beratung des Voranschlags 2013. Sie wissen, dass wir beschlossen haben, mit der Leistungsgruppe 4950 weiterzufahren. Das sind die verrechneten Zinsen und nicht zugeordneten Sammelpositionen.

Hier liegen neben dem Antrag der Finanzkommission zwei Minderheitsanträge vor von Martin Arnold, Oberrieden, und Mitunterzeichnenden und von Sabine Sieber, Sternenbergr, und Mitunterzeichnenden. Ferner wurden letzten Dienstag weitere zwei Anträge eingereicht, einer von Benno Scherrer, Uster, und einer von Marcel Lenggenhager, Gossau. Falls es bei diesen Anträgen bleibt, werden wir sie im sogenannten Cup-System einander gegenüberstellen. Ich erteile nun der Reihe nach das Wort den Antragstellern, zuerst aber selbst-

verständlich dem Präsidenten der Finanzkommission, Jean-Philippe Pinto, Volketswil.

Konto 4950, Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

14. Antrag FIKO:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

alt: Fr. 351'037'339

neu: Fr. 551'037'339

Verbesserung: Fr. 200'000'000

Pauschale Kürzung von knapp 1,5% zur Reduktion der Ausgabensteigerung. Die Budgetreduktion ist namentlich im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei den selbstständigen Anstalten und bei den Personalkosten durch eine sparsame und zurückhaltende Haushaltführung zu erreichen.

14a. Minderheitsantrag Martin Arnold, Matthias Hauser, Jürg Sulser und Hansueli Züllig (FIKO):

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verbesserung: Fr. 400'000'000

Pauschale Kürzung von knapp 3% zur Reduktion der Ausgabensteigerung. Die Budgetreduktion ist in den einzelnen Leistungsgruppen durch eine sparsame und zurückhaltende Haushaltführung zu erreichen.

14b. Minderheitsantrag Sabine Sieber, Rosmarie Joss und Regula Kaeser (FIKO):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Antrag der GLP:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verbesserung: Fr. 100'000'000

Antrag der BDP:

Budgetkredit Erfolgsrechnung

Verbesserung: Fr. 250'000'000

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil), Präsident der Finanzkommission: Ich wünsche Ihnen allen zuerst einen guten Morgen. Wir stehen vor dem entscheidenden Elfmeterschiessen, ja eigentlich sogar vor den entscheidenden Elfmeter. Auf der einen Seite steht die Regierung im Tor. Auf der anderen Seite begeben sich die Fraktionen zum Elfmeterpunkt. Im Elfmeterschiessen hat die Regierung nichts zu verlieren, sie kann nur gewinnen. Die Angst des Tormannes beim Elfmeter gilt hier nicht. Ohnehin ist nach der Interpretation des Regierungsrates das Konto 4950 für ihn nicht verbindlich. Die Fraktionen stehen unter Druck. Sie müssen treffen, ansonsten heute wahrscheinlich kein Budget verabschiedet wird. In der Fussballsprache heisst das: Das Runde muss ins Eckige. Und das ist nicht einfach. Bei einem schwachen Schuss hält der Torwart und das Budget wird wahrscheinlich nicht verabschiedet. Das Gleiche gilt bei einem Schuss in die Wolken. Wie sieht die strategische Ausgangslage aus? Es liegen fünf Anträge vor. Die Finanzkommission beantragt eine pauschale Kürzung von 200 Millionen Franken. Dies entspricht einer Reduktion von circa 1,5 Prozent des Budgets. Es liegt ein Minderheitsantrag von Martin Arnold und Mitunterzeichnenden auf eine pauschale Kürzung von 400 Millionen Franken vor. Dies entspricht circa 3 Prozent des Budgets. Ein weiterer Minderheitsantrag von Sabine Sieber und Mitunterzeichnenden schlägt vor, der Regierung zu folgen.

In der Zwischenzeit sind weitere Anträge eingereicht worden. Der Antrag von Benno Scherrer fordert eine pauschale Kürzung um 100 Millionen Franken. Der Antrag von Marcel Lenggenhager fordert eine pauschale Kürzung um 250 Millionen Franken. Hier ist nun gesundes Augenmass gefragt, keine Starallüren. Diese Pauschalkürzung der Finanzkommission um 200 Millionen Franken ist der Hauptantrag des diesjährigen Budgets. Wenn wir wollen, dass die Aufwandsteigerung reduziert werden soll, so kann dies nach Mehrheit der Finanzkommission nur über diesen Kürzungsantrag gehen. Die Mehrheit der Finanzkommission glaubt auch, dass die jeweiligen Budgetverantwortlichen in den Direktionen dies auch umsetzen können. Den auch in der Presse geäusserten Vorwurf, dass die Finanzkommission einen

Trick angewendet habe, lasse ich im Namen der Mehrheit der Finanzkommission so nicht gelten. Auf Ausgaben verzichten, Qualität und Leistung definieren – das sind Entscheide jedes einzelnen Budgetverantwortlichen. Diese Aufgabe ist laut Mehrheit der Finanzkommission von der Regierung nicht genügend erfüllt worden. Die Mehrheit der Finanzkommission ist der Meinung, dass eine pauschale Kürzung von knapp 1,5 Prozent des Budgets verkraftbar ist. Dies hat die Regierung ja selber in der Vergangenheit bestätigt und Kürzungsanträge sogar in höherem Umfang relativ leicht umgesetzt. Die Kürzung ist namentlich im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei den selbstständigen Anstalten und bei den Personalkosten durch eine sparsame und zurückhaltende Haushaltungsführung zu erreichen.

Zum Schluss noch Folgendes: Das Publikum – in unserem Fall circa 1,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Zürich – ist sehr kritisch und würde einem Wiederholungsspiel im Frühling wegen Differenzen beim Konto 4950 kaum zustimmen. Es ist und bleibt die Aufgabe des Parlaments, ein Budget zu verabschieden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags der Finanzkommission und wünsche «Gut Schuss!».

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): In den bisherigen Budgetberatungen sind Verbesserungen von gerade einmal knapp 12 Millionen Franken erreicht worden. Es geht nun noch darum, die von uns geforderte pauschale Kürzung festzulegen. Die SVP-Fraktion hat dabei den Antrag gestellt, den Regierungsrat zu beauftragen, 400 Millionen Franken über alle Leistungsgruppen einzusparen. Die SVP-Fraktion sieht bereits diesen Antrag als Kompromiss an. Verlangt die Bevölkerung am kommenden 3. März 2013 eine ordentliche Verbuchung der Einmaleinlage in die BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*), ergibt dies den Zwang zu einer Aufgabenreduktion von 430 Millionen Franken jährlich. Soll zudem ein ausgeglichenes Budget erreicht werden, müssen nochmals rund 150 Millionen Franken eingespart werden. Gesamthaft wäre für die SVP-Fraktion also eine Budgetverbesserung – und dies aus unserer Sicht natürlich auf der Ausgabenseite – von 600 Millionen Franken nötig. Zudem beurteilt die SVP-Fraktion die Situation bei den Steuererträgen nicht derart optimistisch, wie es die Regierung tut. Mit dem Antrag von 400 Millionen Franken hat die SVP also bereits einen grossen Schritt hin zu einem Kompromiss gemacht, der es ermöglichen soll, gemeinsam mit

jenen Kräften in diesem Rat, die zu den Finanzen des Kantons ebenfalls Sorge tragen wollen, ein Budget zu verabschieden.

Finanzdirektorin Ursula Gut hat uns im Namen der Regierung bereits mitgeteilt, dass sich die Regierung durch diese Budgetkürzung nicht gebunden fühlt. Ich betone noch einmal, dass ich diese Äusserung für politisch und taktisch äusserst unklug halte. Es geht hier nicht darum, wie einzelne Paragraphen einer Verordnung interpretiert werden, sondern es geht darum, dass sich der Regierungsrat an klare Meinungsäusserungen und Aufträge dieses Parlaments zu halten hat, ob dies nun passt oder nicht. Erstaunlich ist auch, was bereits heute offensichtlich mit dem Segen der Regierung in dieser Leistungsgruppe verbucht werden kann. So sind dort kalkulatorische Zinserträge und Zinsaufwände zu finden – das entspricht dem eigentlichen Zweck dieser Leistungsgruppe –, aber auch interne Weiterverrechnung von BVK-Sanierungsbeiträgen, Rückstellungen aus Ruhegehaltsordnungen, Aufwände für familienergänzende Kinderbetreuungen, zentrale Korrektur der Abschreibungen und die zentrale Korrektur der Investitionen. Aus der Sicht der SVP ist es daher nur logisch, dass hier auch eine zentrale Korrektur des Parlaments eingestellt werden kann. Immerhin hat selbst die Ratslinke erkannt, dass sich gewisse Anliegen nur über dieses Sammelkonto einbringen lassen. So bestand die Absicht, eine teilweise Rückkorrektur bei den Investitionen zu machen oder eine Lohnerhöhung für das Personal herauszuholen. Zudem erlaubt es diese Art der Kürzung der Regierung, die Einsparungen dort vorzunehmen, wo dies sinnvollerweise gemacht werden kann. Auch die andere Variante haben wir ja bereits in früheren Jahren durchexerziert, Sie mögen sich erinnern, damals mit dem Resultat, dass uns von Altregierungsrat Markus Notter doziert wurde, so gehe das nun wirklich nicht, wir sollten doch pauschale Anträge stellen. Voilà!

Ich wiederhole es an dieser Stelle nochmals in aller Deutlichkeit: Die SVP-Fraktion macht ihre Zustimmung zum Budget davon abhängig, dass hier noch eine substanzielle Einsparung eingestellt werden kann. Andernfalls sehen wir uns ausserstande, die Verantwortung für dieses Budget und die damit verbundenen finanzpolitischen Konsequenzen für den Kanton mitzutragen. Ich beantrage Ihnen deshalb, den Antrag der SVP, eine Kürzung von 400 Millionen, zu unterstützen. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Beim Eintreten vor einer Woche hat eine Partei festgestellt, wir sollen das Budget nicht zur Farce verkommen lassen. Nun sind wir also bei der Leistungsgruppe, bei der genau mit dem Antrag das bezweckt wird: dass unser ganzer Budgetprozess, zu dem wir hier drin vier Ratssitzungen verbracht haben, zur Farce verkommt. Es ist ja leider anzunehmen, dass in irgendeiner Form eine pauschale Kürzung durchkommt. Und wir wissen alle, dass an einem unbekanntem Tag, heute fast schon von Mythen umgeben, vor ungefähr vier Jahren die Bürgerlichen auf die brillante Idee kamen, dass man so den Kanton zum Sparen zwingen könnte. Ob dem vielen Glanz der brillanten Idee waren leider die Bürgerlichen derart geblendet, dass ihnen entgangen ist, dass das, was sie hier machen, eigentlich gar nicht geht.

Ich möchte Sie aufrufen: Nehmen Sie Ihr Kantonsratsmandat ernst (*Heiterkeit*). Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie tatsächlich sparen wollen – im Übrigen gibt es massiv mehr Gründe, wieso man dieser Meinung nicht sein sollte, aber falls Sie denn trotzdem dieser Meinung wären –, müssten Sie sich eigentlich überlegen, was für Leistungen Sie wollen und zu welchem Preis. Aber das wollen Sie ja nicht, das wäre ja Arbeit. Und wer will sich schon anstrengen, wenn man es auch einfach haben kann. Wer will schon Rückgrat zeigen und Mut beweisen für unbeliebte Entscheidungen einzustehen, wenn man es auch billig machen kann.

Ich glaube, Finanzdirektorin Ursula Gut hat es beim Eintreten sehr gut getroffen, indem sie gesagt hat, das Parlament weigere sich schlicht, Prioritäten zu setzen. Hier möchte ich auch gern noch einen kleinen Kommentar an die Finanzdirektorin anbringen. Es reicht nicht, wenn man zwar ständig darauf hinweist, dass dieser Antrag so nicht gangbar ist, dann das nächste Jahr sagt, man habe ihn ja trotzdem umgesetzt, weil man Mehreinnahmen hatte. Das bringt nichts. Sie sollten sagen: Es geht einfach nicht. Denn wenn Sie sagen, Sie decken es mit Mehreinnahmen, dann lieben die da drüben Sie auch nicht mehr. Aber was Sie damit erreichen, ist, dass Sie Jahr für Jahr wieder diesen Antrag haben und dass wir ihn am Schluss so noch die nächsten fünf Jahre haben. Ich hoffe, dass wir hier in der Zukunft ein klares Statement haben.

Die Pauschalkürzungs-Befürworter sagen ja immer, es gehe um ein ausgeglichenes Budget. Aber wenn man das Verhalten von Ihnen während des Jahres betrachtet, hat man ein sehr anderes Gefühl.

Schauen wir das Beispiel «Grundstückgewinnsteuer» an. Dort kann man anscheinend Geld verschleudern. Geht es um Mehreinnahmen, wollen Sie die nicht. Die GLP und die SVP, wie das die SVP gerade vorher wieder erwähnt hat, wollen mit ihrem Nein zur Anrechnung der BVK-Einmaleinlage ein künstliches Loch in den Kanton Zürich reissen. Sie wollen einen Sparzwang erwirken. Eigentlich habe ich den Verdacht, es geht Ihnen wirklich nur darum, den Kanton Zürich kaputtzusparen. Und dazu sind Sie eigentlich noch zu faul. Man muss der GLP zugestehen, dass sie es immerhin versucht hat mit Einzelanträgen, auch wenn das, ehrlich gesagt, auch unglücklich herausgekommen ist.

So, nun sind wir also wieder hier, Jahr für Jahr wird der gleiche Antrag gestellt, der rechtlich nicht einhaltbar ist. Hier noch eine kleine Bemerkung, wieso unsere Anträge bei 4950 einhaltbar sind. Beim Teuerungsausgleich ist im Gegensatz zu Ihrem Antrag ganz klar, welche Leistungsgruppe wie viel übernehmen muss. Es geht also tatsächlich nur um eine kalkulatorische Rechnung. Und dafür ist er hier, denn man verteilt es halt um, und man weiss, wie. Aber bei Ihnen? Sie sagen, man solle vor allem in der Bildung und der Gesundheit und bei den selbständigen Anstalten sparen, aber wie man das dann wirklich soll, das sagen Sie ja wieder nicht.

Ich frage mich auch wirklich: Wollen Sie denn tatsächlich eine Umsetzung Ihres Antrags? Selbst die SVP hat sich ja zum Beispiel für eine Aufstockung bei der Kantonspolizei ausgesprochen. Das Einfachste, wenn man Einsparungen machen will, ist: Man macht keine Aufstockungen. Das würde bedeuten: Stimmen Sie heute Ihrer pauschalen Kürzung zu, sagen Sie eigentlich, Sie wollen diese Aufstockung nicht. Und irgendwo beisst sich das einfach.

Obwohl ich annehme, wie ich schon gesagt habe, dass es irgendwie durchkommt, ist es ja so, dass bekannterweise die Hoffnung zuletzt stirbt. Ich bitte Sie, fragen Sie sich doch etwas: Hat Ihnen dieser 4950 tatsächlich das gebracht, was Sie wollen? Wenn nicht, sollten Sie ihn bleiben lassen. Und ich möchte Ihnen auch raten: Nehmen Sie sich eine treffende Bemerkung von Bertold Brecht zu Herzen. Der hat nämlich gesagt: «Wer A sagt, muss nicht B sagen. Er kann auch merken, dass A ein Fehler war.» Und Sie können das übrigens auch noch viermal merken, dass A ein Fehler war, zwar nicht wahnsinnig schnell, aber immerhin. Ich bitte Sie, ersparen Sie uns und sich selber eine weitere Schlussrunde mit den pauschalen Kürzungen, überneh-

men Sie Verantwortung, ermöglichen Sie dem Kanton Zürich ein Budget, das auch so einhaltbar ist, und lehnen Sie mit uns die pauschalen Kürzungen in jeglicher Höhe ab. Denn sonst haben wir ein Budget, das diesen Namen nicht verdient.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Endlich kommen wir zur Leistungsgruppe 4950. Es ist richtig, diese erst jetzt am Schluss zu diskutieren. Alle sprechen vor allem von den Anträgen zu diesem Konto, das war im Eintreten so, das war in der Presse so. Alles fokussierte sich auf den Pauschalantrag. Wird es morgen auch wieder heissen, ich zitiere einen Artikel aus der NZZ, statt Ausgaben zu senken, wurde Budgetkosmetik betrieben? Wir Grünliberale haben einen Pauschalantrag auf Verbesserung in der Leistungsgruppe 4950 um 100 Millionen Franken eingereicht. Wir Grünliberale haben unser Augenmerk aber in erster Linie auf die einzelnen Leistungsgruppen mit einem hohen Aufwandswachstum gelegt und ebenso kritisch haben wir das Stellenwachstum angeschaut und sogenannte neue Leistungen. Nachdem wir nun alle Anträge durchdiskutiert haben, wissen wir, wo wir stehen. Wir hätten nicht 60, nicht 100, nicht 130, sondern 145 Millionen Pauschalkürzung für ein ausgeglichenes Budget beantragen müssen. Wir Grünliberale hatten genügend Anträge auf Budgetverbesserung eingereicht, mit denen wir, zusammen mit den 100 Millionen pauschal, ein ausgeglichenes Budget und ein leicht gebremstes Ausgabenwachstum erreicht hätten. Für ein ausgeglichenes Budget ohne hohen Pauschalantrag hätte es aber die Zustimmung zu unseren Anträgen, aber auch zu andern eingereichten Anträgen gebraucht. Aber der Rat hat in der Mehrheit nicht sagen wollen, wo er zu sparen bereit ist, obwohl klare Anträge vor Ihnen lagen. Das ist bei den bestehenden bürgerlichen Mehrheiten in der Tat nicht nur enttäuschend, sondern schlicht unglaublich. Besonders die FDP sahen wir hier in diesem Rat verschiedentlich als alleinige Partnerin von SP, Grünen und AL und sie hat oft zu Anträgen ihre Ablehnung nicht einmal begründet, was wir unverständlich finden. Die Freisinnigen lehnten praktisch alle unsere konkreten Anträge zum Bremsen des unkontrollierten Ausgabenwachstums ab. Gleichzeitig wollen sie aber, wie jedes Jahr, im sogenannten Reptilienfonds streichen. Und wir Grünliberale hätten vor allem auch von einer FDP erwartet, dass sie konsequent gegen das Ausgabenwachstum ankämpft, gemeinsam mit uns bei den konkreten Anträgen und nicht einfach mit dem doch etwas plumpen Pauschalan-

trag. Sie kritisierte uns sogar noch bei einem auf Berechnung begründeten pauschalen Antrag, mit dem Argument, man könne nicht einfach pauschale Kürzungen beschliessen. Auch bei Einzelanträgen gab es immer Kritik.

Unsere Anträge auf Kürzung der Aufwandsteigerung wurden dann, je nach Absender, als rigid, pedantisch oder Peanuts bezeichnet. Wenn Sie uns Erbsenzählerei vorwerfen wegen 100'000er-Anträgen bei einem 15-Milliarden-Budget, dann dürfen Sie das tun, wenn Sie die Aufwandsteigerung einfach hinzunehmen bereit sind. Aber es ist anscheinend hier nicht möglich, bei einem Budgetposten von über 18 Millionen auf 375'000 Franken zu verzichten oder bei einem 10-Millionen-Antrag gegen das Aufwandwachstum bei der Polizei wird nicht einmal das Wort ergriffen. Fehlen da etwa die Argumente? Oder bei einem 5,5-Millionen-Antrag, bei dem es um einen Verzicht auf eine Erhöhung des Aufwands um 25 Prozent im Bereich Hard- und Software in einer 161-Millionen-Leistungsgruppe ging, wurde die Argumentation der SP von der FDP gelobt und wörtlich gesagt, das sei nicht der Ort, um Zeichen zu setzen. Uns würde interessieren, wo wir denn konkret hätten Zeichen setzen sollen.

Sonst sage ich Ihnen: Wir hätten auch gern darauf verzichtet, solche Anträge stellen zu müssen. Wir hätten von einer bürgerlichen Regierung erwartet, dass sie unnötige Posten von sich aus rausnimmt, wie zum Beispiel den Hunde-Antrag in der Leistungsgruppe 6800. Machen Sie es uns nächstes Jahr vor. Wir werden Ihre Anträge seriös prüfen. Wenn Sie nicht wirklich grünliberale Kernanliegen betreffen, werden wir sie wahrscheinlich auch unterstützen. Wir halten am Antrag auf 100 Millionen fest, auch wenn wir dieses Jahr damit kein ausgeglichenes Budget erreichen würden. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wenn wir es nicht schaffen, das Budget mit Einzelanträgen ausgeglichen zu gestalten, dann ist es auch nicht falsch, mit einem Pauschalantrag das Ziel eines ausgeglichenen Budgets erreichen zu wollen. Aber es ist bequem. Machen Sie es sich nicht so bequem!

Wir erwarten nun auch von den anderen Fraktionen, die mit der Aufwandsteigerung nicht zufrieden sind, dass sie sich in den nächsten Jahren anders mit dem Budget auseinandersetzen. Und wir erwarten von der bürgerlichen Regierung, dass sie im Budgetprozess und übers Jahr alles daransetzt, das ungebremste Ausgabenwachstum zu bremsen. Die Regierung mit notabene zwei FDP- und zwei SVP-Mitgliedern hat die Aufgabe, im Budgetprozess den Finger auf das

Aufwandwachstum zu legen und frühzeitig und halt auch gegen innen immer unpopulär, aber gegenüber diesem Rat und den Steuerzahlern sehr wohl populär zu sagen: Stopp! Oder: nur, wenn andere Leistungen abgebaut werden.

Und damit das auch hier noch gesagt ist: Eine Verbesserung im Konto 4950 heisst Ausgabensenkung und nicht einfach Saldoverbesserung. Denn sonst wird es morgen auch wieder heissen, ich zitiere nochmals die NZZ: Statt Ausgaben zu senken, wurde Budgetkosmetik betrieben. Wir werden uns in der Ausmarchung um die Höhe des Pauschalantrags enthalten, wenn unser Pauschalantrag auf die Kürzung um 100 Millionen Franken draussen ist. An uns Grünliberalen wird das Budget aber nicht scheitern. Danke.

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): «100, 200, 250 oder 400 Millionen sparen – der Basar ist eröffnet», «Die Rechte ringt um Sparkompromiss», «Die Mühen des Kantonsrates mit dem Sparen», das sind alles Überschriften, die Sie in den letzten Wochen aus den Zeitungen entnehmen konnten, alles auch Überschriften, die stimmen und den Kern der Sache eigentlich treffen. Vergangene Woche haben wir zahlreiche Sparanträge mit mehr oder weniger Erfolg, je nach Sichtweise von links oder rechts diskutiert und zur Abstimmung gebracht. Was nun aber ansteht, ist noch die Höhe der Kürzung des Kontos 4950. Die dazu gehörigen Meinungen und Ausgangslagen haben wir nun von links bis rechts gehört und es geht jetzt vor allem auch noch darum, ob wir 2013 in diesem Kanton mit einem Budget oder ohne Budget starten.

Am Anfang dieser Budgetdebatte hat die SVP verlauten lassen, dass sie am liebsten 600 Millionen eingebracht hätte, sich dann aber auf 400 Millionen festgelegt hat. Die 200 Millionen kommen von der Finanzkommission, unterstützt von der FDP und der CVP. Etwas quer in die Landschaft gestossen ist der nachgereichte Antrag der Grünliberale von 100 Millionen. Und genauso bekannt ist ja die Haltung der Regierung und der Linken, die keinen solchen Antrag unterstützen. Die Höhe der tatsächlichen Kürzung haben wir in den vergangenen Sitzungen im bürgerlichen Kreis mehrmals auszuloten versucht. Wir meinen, 250 Millionen sollen es sein, und diesen Antrag hat die BDP-Fraktion bereits am vergangenen Montag entsprechend eingereicht. Was uns nun aber bevorsteht, ist ein Abstimmungsmarathon. Dass die links-grüne Seite oder – wie sie sich in diesem Moment auch nennt –

die Minderheit sich nicht bewegen wird, ist nicht neu und gehört zum Ritual der Budgetdebatte. Ich habe vorhin gesagt «Abstimmungsmarathon», ausser wir sind jetzt als bürgerliche Mehrheit dieses Rates bereit, den jeweiligen Schritt von Anfang an zu gehen. Mit 150 Millionen nach unten, liebe SVP, und 150 Millionen nach oben, liebe Grünliberale, geben Sie sich beide, wenn auch entgegengesetzt, den grössten Rutsch zum Einschwenken, was Ihnen die Bürger und die Presse sicher auch gebührend verdanken werden. Geschätzte FDP und CVP, mit einem Entgegenkommen um je 50 Millionen sichern Sie dem Kanton Zürich auch für 2013 zum richtigen Zeitpunkt ein Budget. Auch das ist eine nicht zu unterschätzende Leistung, die sicher gebührend verdankt wird. Für einmal bitten Sie die kleinen Fraktionen in diesem Rat, tatsächliche Vernunft im Sinne von Geld- und Zeitersparnis walten zu lassen. Stimmen Sie also bereits bei der ersten Abstimmung für die salomonische Lösung einer Kürzung des Kontos 4950 um 250 Millionen und ersparen Sie uns allen einen langwierigen Abstimmungsmarathon.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Wir haben eine Budgetdebatte mit einer riesigen Anzahl von Anträgen hinter uns. Ich danke Benno Scherrer, dass er sie nochmals einzeln aufgerufen und die entsprechenden Qualifikationen für die Mitstreiter abgegeben hat. Die FDP war der Ansicht und ist es immer noch, dass die meisten dieser Anträge nicht zielführend sind. KEF-Erklärungen, wie sie in Vorbereitung sind, respektive Leistungsmotionen wären da der richtige und bessere Ansatz. Die Argumente sind auch immer die gleichen, wir haben sie gehört. Die Regierung beteuert, dass es sich um reine Kosmetik handle und die richtige Vorgehensweise wäre, zu einzelnen Konti Anträge zu stellen. Oder dann wird eben auf die KEF-Debatte verwiesen, ich habe es auch schon getan. Der Ansatz ist immer derselbe: Sagt uns, welche Leistungen wir nicht mehr erbringen wollen, dann können wir den Aufwand reduzieren. «Feigheit!», zetern die andern, Rosmarie Joss hat es wiederholt, «Sagt endlich, welche Leistungen ihr abbauen wollt!» Andere tönen ähnlich. Wenn es aber darum geht, eigene Anträge durchzubringen – ich nehme da die Lohnanpassungen, die gewünscht wurden, respektive die Korrektur der Investitionsbeiträge –, dann passt das Konto 4950 wunderbar. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass es durchaus möglich ist, die gleichen Leistungen mit weniger Geld, mit weniger Aufwand zu erfüllen.

Wir stellen uns auch auf den Standpunkt, dass die Regierung viel besser weiss, wo es noch Speck am Knochen hat und wo sie entsprechend die Reduktion der Aufwendungen vornehmen soll. Natürlich ist uns klar, dass die verschiedenen Direktionen unterschiedliche Polster haben, und wir würden in diesem Zusammenhang auch gern Schwergewichte setzen. Nur eben, die aktuelle Kontosituation, die Konstellation im Budgetprozess macht uns das unmöglich. Unsere Idee ist es – und wir werden sehen, wie wir das künftig erreichen können –, dass die unterschiedlichen Direktionen mit separaten Aufträgen versehen werden können. Das würde bedeuten, dass es so etwas wie das Konto 4950 pro Direktion geben müsste, was bedeutet, dass der Kontoplan angepasst werden sollte. So viel zu Grundsätzlichem.

Wenn ich unterschiedliche Argumente höre, dann liefert uns gerade die Direktion, die im Fokus der Sparüberlegungen ist, einen Steilpass und zeigt aus unserer Sicht, wie das Sparpotenzial ausgenützt werden könnte. Es geht dabei um die Bildungsdirektion. Wir konnten medial feststellen, welche Massnahmen ergriffen wurden, um Sparaufträge zu erfüllen. Zwar wurde der Auftrag falsch verstanden, zwar wurden Ausgaben an die Gemeinden delegiert, was per se ein falscher Ansatz ist, aber eben: Es gelang, Sparmassnahmen durchzuführen im Sinne einer pauschalen Kürzung. Wenn uns die Bildungsdirektion vorexerziert, wie es machbar ist, dann sollte das gesamthaft ebenfalls möglich sein.

Zusammengefasst kann ich Folgendes festhalten: Die FDP will ein Budget, ein wenigstens ausgeglichenes Budget. Die FDP möchte nicht über das Budget einzelne Leistungen kürzen. Die FDP ist der Meinung, die gleichen Leistungen seien mit weniger Kosten ebenfalls erbringbar. Und die FDP möchte inskünftig direktionsweise pauschale Kürzungen vornehmen können. Als Konsequenz haben wir, ausgehend von der ursprünglichen Budgetsituation, einen Kürzungsantrag von 200 Millionen pauschal vorgesehen und die Finanzkommission hat diesen Antrag übernommen. Das ist grundsätzlich absolut erfreulich. Da wir ein Budget wollen und da der Basar momentan verschiedene Optionen zeigt, werden wir im Rahmen der Abstimmung beurteilen, ob 200 Millionen der richtige Weg sind. Besten Dank.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten): 99, 100, 126, 300 Millionen, so hoch waren die Pauschalanträge der letzten Jahre. Heute liegen, wie wir bereits gehört haben, Anträge von 100, 200, 250 und 400 Millionen

auf dem Tisch. Wer bietet mehr? Oder anders gesagt: «Faites vos jeux!», bevor es heisst: «Les jeux sont faits, rien ne va plus!». So kommt es mir vor und so ist es. Diese Pauschalanträge sprechen für mich die Sprache der Hilflosigkeit. Trotz intensiver Suche ist es schwer, konkrete Sparanträge zu machen, oder man will sich nicht behaften lassen. Wenn man zum Beispiel sagen würde, es dürfen keine neuen Strassenprojekte mehr in Angriff genommen werden, liebe SVP, diesen Antrag würden wir sogar unterstützen. Aber nein, man fürchtet sich, weil man von der Wählerschaft bei den nächsten Wahlen abgestraft werden könnte. Wir geben hier drin an einem Morgen locker flockig Pauschalplanungsaufträge für Strassenprojekte im Umfang von 500 Millionen Franken – ich denke da an den 20. August 2012 – und wundern uns, wenn die Aufwände steigen. Wer erledigt diese Aufträge? Wer bearbeitet die Gesuche und die Vorstösse, von denen gerade in diesem Bereich sehr viele gestellt werden? Auch Bauherrenarbeit macht sich nicht von allein. Das PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) zum Beispiel wird uns neben den Investitionskosten noch einiges mehr kosten. Ich denke da an all die Projektbegleitungen, die nicht über die Investitionen abgerechnet werden, wir haben das am letzten Dienstag von SVP-Baudirektor Markus Kägi gehört. Also, warum sich wundern und jammern? Als Klammerbemerkung: Die Baudirektion ist nur zufällig als Beispiel ausgewählt worden.

Wir sollten uns hier drin bewusst sein, dass «wir» einen grossen Teil der Kostensteigerung machen. Wir beschliessen Gesetze mit Kostenfolgen, zum Beispiel das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz, um nur eines zu nennen. Wir sollten und müssten bei allen Beschlüssen berücksichtigen, dass diese in der Regel Folgekosten haben. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass wir als Kantonsrat ein Vorbild sein sollten. Denn wenn wir bei unseren Budgets im Kanton Pauschalkürzungen vornehmen, dann motivieren wir Legislaturgemeinderäte und Bürger, das auch bei ihren Gemeinden zu machen. Wie gehen Sie, liebe Exekutivgemeinderäte, liebe Gemeindepräsidenten, liebe Finanzvorstände in Gemeinden, mit solchen unnötigen Anträgen um? Nachdem FDP-Finanzdirektorin Ursula Gut am letzten Montag und bereits im letzten und im vorletzten Jahr hier drin festgehalten hat, dass solche Anträge unzulässig sind, fordert die Grüne Fraktion die Regierung auf, sich gegen diese unnötigen Anträge nun wirklich zur Wehr zu setzen und diese zu ignorieren. Wir, die Grüne Fraktion, machen das und lehnen sämtliche von diesen unnötigen Anträgen ab.

Es fallen mir noch sehr viele Adjektive zu diesen Pauschalanträgen ein, aber die darf ich hier drin leider nicht sagen. Danke.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Wir von der CVP wollen verhindern, dass der Kanton Zürich sich im nächsten Jahr weiter verschuldet. Wir haben darum auf eine pauschale Kürzung in der Höhe von 200 Millionen Franken hingewirkt, nicht allein, sondern zusammen mit Partnern, und daraus ist der Antrag der Finanzkommission entstanden. Wir finden den Betrag richtig, weil wir so ein ausgeglichenes Budget erhalten. Und wir finden den Betrag richtig, weil er massvoll ist. Wir geben der Regierung damit den Auftrag, das Budget um 1,5 Prozent zu verbessern. Wenn Sie in den kommenden Tagen noch Weihnachtsgeschenke kaufen und Ihnen ein Verkäufer sagt, er gebe Ihnen 1,5 Prozent Rabatt, dann fallen Sie ihm nicht um den Hals. Und so gibt es auch hier keinen Grund, jemandem um den Hals zu fallen oder sinngemäss an die Gurgel zu gehen.

Dass die pauschale Kürzung kritisiert wird, kann ich zu einem gewissen Teil verstehen, auch für uns ist das nur die zweitbeste Lösung. Ich bin der Ansicht, dass der Kantonsrat auch bei einem Pauschalantrag durchaus Hinweise geben soll, wo der Hebel anzusetzen ist. Im Namen der CVP kann ich sagen: Werte Regierung, setzen Sie beim Stellenausbau bei der Verwaltung an. Wir hätten gern, dass Sie uns einmal ein Budget unterbreiten ohne zusätzliche Stellen – Sie müssen keine einzige streichen, nur keine neuen schaffen. Soweit die Position der CVP.

Nun ein kleiner Ausblick. Von den zahlreichen Anträgen, die uns bevorstehen, wird sich, wenn sich alle treu bleiben, der Antrag auf 200 Millionen Franken durchsetzen. Allerdings hätte dieser «Erfolg» einen bitteren Nachgeschmack: Die unheilige Allianz von SP, Grünen und SVP würde sodann das Budget ablehnen. Das wollen wir von der CVP nicht riskieren. Wir wollen den Kanton Zürich nicht leichtfertig in einen Krisenzustand versetzen. Deshalb stellte sich für uns in den vergangenen Wochen und Tagen die Frage: Wie können wir unserer Haltung treu bleiben und dennoch das Budget ins Trockene bringen. Wo finden wir Verbündete möglichst nahe an unserer Wunschlösung von 200 Millionen Franken? Wir sprachen mit vielen Fraktionen, links wie rechts, und ich erkannte einmal mehr: Mit Links-Grün ist in der Finanzpolitik kein Staat zu machen. Ich sprach mit den Kollegen Mitte-Rechts und stellte fest: Hier bewegt sich etwas, vielleicht auch

wegen unserer störrischen Haltung. Die SVP signalisierte, ihre Ansprüche zu reduzieren. Sie würde das Budget bei einer gewissen Korrektur mittragen. Wir anerkennen das. Und wir anerkennen, dass die SVP bereit ist, einen grossen Schritt zu tun. Nun werden auch wir einen Schritt gehen. Zwar werden wir ganz im Sinne unseres Antrags zu Beginn die Kürzung von 200 Millionen unterstützen. Wenn es dann darum geht, zwischen 200 Millionen und 250 Millionen zu entscheiden, werden wir uns der Stimme enthalten. Damit machen wir den Weg frei für die Kürzung von 250 Millionen. Wir bauen damit der SVP eine Brücke und sichern das Budget (*Heiterkeit*). Gleichzeitig erhalten wir ein Budget, das in seinen Eckwerten recht nahe bei unseren Idealvorstellungen liegt. So kann ich sagen – frei nach Neil Armstrong: Es ist ein verhältnismässig kleiner Schritt für unsere Fraktion, dafür ein grosser für den Kanton Zürich (*Heiterkeit*).

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Wir bestehen darauf, dass der Kantonsrat eine seriöse Budgetberatung durchführt. Sagen Sie uns bitte, ob Sie bei der Schule, bei den Spitälern oder bei der Polizei oder wo auch sonst immer Hunderte von Millionen einsparen wollen. Den Ball einfach an die Regierung zurückzuschieben, beurteilt die EVP-Fraktion als magere Leistung des Parlaments: 14 Stunden Diskussion und wenig Resultate. Die Tombola-Party der bürgerlichen Parteien lehnen wir ab. Die Regierung hat mit Recht angekündigt, dass sie den Preis nicht entgegennimmt. Wenn die Sparmöglichkeiten der Finanzkommission nur 14 Millionen betragen und der Kantonsrat nur weitere 12 Millionen Kürzungspotenzial, das zumeist nur Scheinkürzungen sind, findet, gibt es nach Meinung der EVP-Fraktion nichts Weiteres zu kürzen im Budget. Wir sind enttäuscht darüber, dass die Mehrheit des Kantonsrates mit Pauschalanträgen im Reptilienfonds aus der ernsthaften Budgetdebatte abschleicht. Die SVP liess sich dabei offenbar von Altregierungsrat Markus Notter beraten. Für neue Parteien wie die BDP ist das irreguläre Kürzen im 4950 bereits normal, sie kennen nichts anderes.

Die EVP-Fraktion möchte ein Budget. Sie kennen jetzt unsere Meinung. In den folgenden Abstimmungen folgen wir taktischen Überlegungen.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): Wie bei der Eintretensdebatte schon erwähnt, unterstützt die EDU-Fraktion die von der FIKO-Mehrheit vorgesehene Pauschalkürzung von 200 Millionen beziehungsweise 1,5 Prozent zur Reduktion der Ausgabensteigerung. Die Abklärungen der FIKO haben ergeben, dass die Lohnsumme und damit auch die durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle nicht, wie die Regierung es vorgab, plafoniert wird, sondern in den Direktionen und der Staatskanzlei im Vergleich zu 2012 insgesamt Erhöhungen von 1,7 Prozent und bei den selbstständigen Anstalten insgesamt 2,1 Prozent sowie bei einzelnen Gerichten sogar bis zu 3,7 Prozent vorgesehen sind. Damit wird in haarsträubender Art und Weise übers Ziel hinausgeschossen, was nicht hingenommen werden kann. Die Pauschalkürzung ist daher in erster Linie dazu zu verwenden, die Lohnsummen, wie es die Regierung ursprünglich vorgab, zu plafonieren, das heisst, die individuellen Lohnerhöhungen im Umfang von 0,6 Prozent durch die Rotationsgewinne zu finanzieren. Weiter ist zu beachten, dass wir eine negative Jahreststeuerung haben, die nach letzten Schätzungen des BfS (*Bundesamtes für Statistik*) bei 0,7 Prozent liegt und die nicht ausgeglichen wird. Somit verbessert sich die Situation der kantonalen Angestellten im kommenden Jahr um insgesamt 1,3 Prozent. Wenn Sie nun noch die Lohnsummen um 1,7 Prozent erhöhen, wie dies die Regierung gemäss Abklärung der FIKO für die Direktionen und die Staatskanzlei vorgesehen hat, sind Sie bei insgesamt 3 Prozent, was der heutigen finanziellen Situation des Kantons Zürich in keiner Art und Weise angemessen ist.

Die EDU hat sich deshalb mit Überzeugung für den 200-Millionen-Kürzungsantrag der FIKO ausgesprochen. Im Hinblick auf unsere Zielsetzung, dass dieser Rat ein Budget verabschieden kann, bei dem auch die SVP als stärkste und damit budgetrelevanteste Fraktion mitmacht, werden wir uns sogar in erster Priorität für den 250-Millionen-Kürzungsantrag aussprechen. Die übrigen Anträge lehnen wir hingegen ab.

Ratspräsident Bernhard Egg: Wir kommen nun schon bald zu den Abstimmungen. Alle fünf Anträge, die soeben begründet und diskutiert wurden, sind als gleichwertige Hauptanträge zu behandeln. Wir werden nach Paragraf 30 des Geschäftsreglements im sogenannten Cup-System abstimmen. Es wird die Tür zu schliessen sein und dann sind die Anwesenden zu ermitteln. Jedes Ratsmitglied darf nur für

einen dieser Anträge stimmen. Vereinigt keiner der Anträge die Mehrheit der stimmenden Mitglieder auf sich – der stimmenden! –, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben, ausscheidet. In der Folge wird das Verfahren fortgesetzt, bis einer der Anträge eine Mehrheit erlangt.

Nun können wir in Anbetracht der vielen Anträge sicher die erste und dritte Abstimmung nicht mit der Abstimmungsanlage vornehmen. Ich bitte deshalb die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, sich für diese Aufgabe bereit zu halten.

Nun ist die Tür zu schliessen. Ich habe zweimal geläutet, wer jetzt nicht hier ist, der hat gehabt.

Die Tür ist geschlossen, die Anwesenden drücken bitte die Präsenztaste. Es sind 174 Ratsmitglieder anwesend. Ich weise noch einmal darauf hin, dass nur eine Stimme abgegeben werden darf. Sollte die Zahl der abgegebenen Stimmen die Zahl der Anwesenden übersteigen, müsste die Abstimmung wiederholt werden.

Nun kommen wir zu Schritt eins: Es stehen alle fünf Anträge nebeneinander. Ich rufe die Anträge auf und Sie können dann Ihre Stimme abgeben.

Abstimmung

Auf den Antrag der Finanzkommission (Verbesserung von 200 Millionen Franken) entfallen 31 Stimmen, auf den Antrag von Martin Arnold (Verbesserung von 400 Millionen Franken) entfallen 54 Stimmen, auf den Antrag von Sabine Sieber (keine Verbesserung) entfallen 59 Stimmen, auf den Antrag von Benno Scherrer Moser (Verbesserung von 100 Millionen Franken) entfallen 18 Stimmen und auf den Antrag von Marcel Lenggenhager (Verbesserung von 250 Millionen Franken) entfallen 11 Stimmen.

Ratspräsident Bernhard Egg: Wenn nun keiner der Anträge zurückgezogen wird, müssen wir, da das absolute Mehr von 87 Stimmen nicht erreicht wurde, die Anträge, die am wenigsten Stimmen erzielt haben, einander gegenüberstellen.

Abstimmung

Der Antrag von Benno Scherrer (Verbesserung von 100 Millionen Franken) wird dem Antrag von Marcel Lenggenhager (Verbesserung von 250 Millionen Franken) gegenübergestellt. Der Kantonsrat gibt mit 96 : 77 Stimmen dem Antrag von Marcel Lenggenhager den Vorzug. Der Antrag von Benno Scherrer scheidet damit aus.

Ratspräsident Bernhard Egg: Nun stellen wir die vier verbleibenden Anträge einander gegenüber. Es könnte sein, dass einer nun das absolute Mehr erzielt, mal sehen.

Abstimmung

Auf den Antrag der Finanzkommission (Verbesserung von 200 Millionen Franken) entfallen 31 Stimmen, auf den Antrag von Martin Arnold (Verbesserung von 400 Millionen Franken) entfallen 54 Stimmen, auf den Antrag von Sabine Sieber (keine Verbesserung) entfallen 59 Stimmen und auf den Antrag von Marcel Lenggenhager (Verbesserung von 250 Millionen Franken) entfallen 11 Stimmen.

Ratspräsident Bernhard Egg: Das absolute Mehr von hätte 78 Stimmen betragen, es wurde wieder nicht erreicht. Das heisst, wir stellen wieder die beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen erzielten, einander gegenüber. Das wären dann der Antrag der Finanzkommission und der Antrag von Marcel Lenggenhager.

Abstimmung

Der Antrag der Finanzkommission (Verbesserung von 200 Millionen Franken) wird dem Antrag von Marcel Lenggenhager (Verbesserung von 250 Millionen Franken) gegenübergestellt. Der Kantonsrat gibt mit 88 : 59 Stimmen (bei 26 Enthaltungen) dem Antrag von Marcel Lenggenhager den Vorzug. Der Antrag der Finanzkommission scheidet damit aus.

Ratspräsident Bernhard Egg: Wir haben noch im Rennen die Anträge Sieber, Arnold und Lenggenhager.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Ich ziehe den Kürzungsantrag der SVP auf 400 Millionen zurück.

Ratspräsident Bernhard Egg: Ich danke für die Mitteilung. Damit haben wir noch den Antrag Sieber und den Antrag Lenggenhager. Ich kann diese nun einander gegenüberstellen.

Abstimmung

Der Antrag von Sabine Sieber (keine Verbesserung) wird dem Antrag von Marcel Lenggenhager (Verbesserung von 250 Millionen Franken) gegenübergestellt. Der Kantonsrat gibt mit 96 : 59 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) dem Antrag von Marcel Lenggenhager den Vorzug.

Ratspräsident Bernhard Egg: Damit ist die Leistungsgruppe 4950 nun auch durchberaten.

Wir beginnen die Elefantenrunde nicht mehr vor der Pause, das macht nun keinen Sinn. Aber wir haben drei Fraktionserklärungen.

Fraktionserklärung der Grünen zu den «neuen Verkehrsvögten» aus Merenschwand und Wädenswil

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Das Vogteiwesen wurde offiziell vor zwei Jahrhunderten abgeschafft. In der vergangenen Woche musste die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, dass sowohl Bundesrätin Doris Leuthard wie auch Regierungsrat Ernst Stocker erneut das Unwesen der Vogtereie pflegen. Die Gemeinsamkeit besteht darin, dass es um Verkehrspolitik geht. Das hat seine Tradition. Die damals reinrassige liberale Regierung schaffte im Jahr 1833 ein neues Strassengesetz mit sämtlichen Möglichkeiten der Enteignung und wendete bis zu einem Drittel des Staatshaushaltes für den Ausbau des kantonalen Strassennetzes auf, darunter auch die Staatstrasse erster Klasse am rechten Seeufer in die Stadt Zürich. Der Erfolg dieser Massnahmen wird in der Geschichte des Kantons Zürich, dritter Band von 1994, übrigens vom Kantonsrat bewilligt und finanziert, auf Seite 106 bilanziert. Die Reisegeschwindigkeit stagnierte damals bei 8 Stundenki-

lometern, mehr braucht es auch heute am Bellevue nicht. Da ändern auch neue Vögte nichts.

Das Unwesen der Vogtereie soll nun auch in der Luftfahrtpolitik eingeführt werden. Gemäss Berichterstattung der NZZ wird der als partizipatives Verfahren angelegte Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt kurz vor Abschluss handstreichartig umgebaut. Der «Straight» bedeutet die maximale Fluglärmbelastung für den Kanton Zürich. Das nennt sich dann demokratische Lastenverteilung und ist das Gegenteil von dem, was die Umweltgesetzgebung verlangt. Das Zürcher Volk hat sich dazu bereits geäußert und die Fairflug-Initiative mit ähnlichem Inhalt hochkant verworfen.

Die Grünen werden auch in Zukunft keine neuen Gesslerhüte grüssen und die Restauration des Vogteiwesens bekämpfen.

Fraktionserklärung der BDP zum Entscheid des Regierungsrates gegen den Spurabbau am Bellevue

Rico Brazeros (BDP, Horgen): Ich will es nicht länger als nötig machen, zumal ich meinen Kollegen eine kurze und knackige Erklärung versprochen habe.

Geschätzte Grüne, völlig überraschend haben wir zum Thema «Spurabbau» eine etwas andere Sicht. Die BDP-Fraktion möchte sich bei Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker und seinen Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat ganz herzlich bedanken. Mit einem wichtigen und richtigen Entscheid wurde die rasende Ruth (*grüne Zürcher Stadträtin Ruth Genner*) gerade noch rechtzeitig ausgebremst. Ruth Genner, eine Verkehrsverhindererin aus Leidenschaft, hat mit hohem Einsatz gepokert. Sie hat geblufft, sie hat Halbwahrheiten gespielt und am Ende – glücklicherweise – verloren. Und einmal mehr hat sie es verpasst, noch ein As, sprich eine alternative Lösung, in der Hinterhand zu haben. Der Regierungsrat hat interveniert, bevor Frau Genner ihrem Ziel, aus Zürich eine einzige Velo- und Flaniermeile zu machen, einen weiteren Schritt näher gekommen ist.

Doch dieses Mal sieht es so aus, als wolle Frau Genner ihr Unvermögen nicht, wie gewohnt, lächelnd aussitzen. Sie scheint nicht nur eine schlechte Spielerin, sie scheint auch eine schlechte Verliererin zu sein. Sie und ihr Umfeld ziehen den Gang vors Verwaltungsgericht in Betracht. Man enerviert sich darüber, dass ein Volksentscheid missachtet worden sei. Dabei wird – offensichtlich vorsätzlich – ausge-

blendet, dass der Spurabbau explizit nicht Bestandteil der Abstimmung war. Es ging einzig und allein um den Sechseläutenplatz. Aber es ist wie immer bei Frau Genner: Der direkte Weg vom Verkehrschaos in die Sackgasse ist der Holzweg.

Wir haben in und um Zürich weiss Gott genug Stau, man muss jetzt keine grosse Leuchte sein, um zu verstehen, dass dies dem Zürcher Gewerbe schadet. Letzte Woche wurde wieder einmal der Rücktritt von Frau Genner gefordert. Wir von der BDP würden uns natürlich nicht heftig dagegen wehren. Aber, liebe Esther Guyer, vielleicht wäre ein erster Schritt, wenn Sie Frau Genner mal beiseite nehmen und ihr im Vertrauen erklären, dass sie seit viereinhalb Jahren Stadträtin und nicht mehr Präsidentin der Grünen ist. Der Dank des Zürcher Gewerbes wäre Ihnen sicher und unser Dank natürlich auch.

Fraktionserklärung der EDU zum Erfolg der Heilsarmee an der Ausscheidung zum Eurovision Song Contest 2013

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Ich verlese Ihnen eine kurze Fraktionserklärung der EDU.

Die EDU gratuliert der Heilsarmee zu ihrem grossen Erfolg bei der Ausscheidung zum Euro Song Contest 2013 (*Heiterkeit*) und wünscht der Gruppe viel Erfolg in Malmö. Mit Befriedigung nimmt die EDU auch Kenntnis, dass die negative Propaganda der Gegner das Resultat nicht beeinflussen konnte. Wir freuen uns, wenn Sie die Topfkollekte der Heilsarmee dieses Jahr besonders grosszügig unterstützen. Danke.

Ratspräsident Bernhard Egg: Nun schalten wir die Pause ein. Ich bitte Sie, pünktlich zurückzukommen für die Elefantenrunde.

(Nach der Pause.)

Wir fahren fort. Zuerst die Übersicht: Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen ergibt sich im Budget 2013 gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von 104'292'790 Franken. Die Investitionsrechnung ist unverändert bei 984'577'300 Franken. Das ist eine Veränderung in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Antrag des Regierungsrates um 261'490'500 Franken. Die Leistungsindikatoren mit Zielwerten stimmen mit dem Entwurf des Regierungsrates überein. Erfolgsrechnung und Investiti-

onsrechnung der Beamtenversicherungskasse (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*) und der Arbeitslosenkasse entsprechen dem Entwurf des Regierungsrates.

Wir kommen nun zur sogenannten Elefantenrunde. Ich erteile den Fraktionspräsidenten in der Reihenfolge der Grösse das Wort. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil): Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat kürzlich ein Budget, welches mit einem Aufwand von 14'472'000 und einem Ertrag von 14'322'000 Franken, mit einem Aufwandüberschuss von rund 150 Millionen Franken rechnete. Das muss man sich einmal im Munde zergehen lassen: Eine bürgerlich geprägte Regierung budgetiert ein Defizit und wird in ihren Bestrebungen einzig von den Sozialdemokraten und den Grünen unterstützt. Doch dazu ist es dank der SVP und ihren bürgerlichen Bündnispartnern zum Glück nicht gekommen. Aber es ist festzuhalten: Der regierungsrätliche Antrag lag völlig quer in der finanzpolitischen Landschaft.

Der Regierungsrat ist gemäss Kantonsverfassung die oberste leitende und vollziehende Behörde des Kantons. So weit, so gut in der Theorie. Der Regierungsrat täte aber nach Auffassung der SVP-Fraktion sehr gut daran, in der praktischen Zukunft den Fokus etwas mehr auf das Vollziehende als auf das Leitende zu setzen. Dann hätte er nämlich den Wink mit dem Zaunpfahl des Parlaments des letzten Jahres 2011, als eben keine Steuererhöhung gewährt worden war, verstanden. Das tut er aber nicht, sondern er lamentiert, beklagt sich und setzt sich in altbewährter Tradition über die Budgetvorgaben des Parlaments hinweg. In seiner finanzpolitischen Beurteilung im sogenannten «blauen Riesen» hält der Regierungsrat fest, ich zitiere: «Der vorliegende KEF 2013 bis 2016 rechnet in allen vier Planjahren mit Defiziten in den Erfolgsrechnungen. Das ist nicht weiter verwunderlich, nachdem der Kantonsrat eine Steuererhöhung für 2012 und 2013 abgelehnt und der Regierungsrat in der Folge Steuermehrerträge von rund 370 Millionen Franken im Jahr 2013 und 500 Millionen Franken im Jahr 2014 in der Finanzplanung gestrichen hat.» Kein Wort vom Willen zur Aufwandsenkung beziehungsweise Sparen, wie es der Kantonsrat in seiner Mehrheit angeordnet hat. Stattdessen wird ausgeführt, mit welchen buchhalterischen Tricks es vermieden werden kann, ein Sparprogramm von jährlich 430 Millionen Franken zu

schnüren, zum Beispiel mit der beabsichtigten Ausklammerung eines Teils der BVK-Rückstellungen bei der Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs. Man könnte ja schon meinen, ein Sparprogramm von gut 400 Millionen bei einem Etat von knapp 15 Milliarden sei des Teufels und objektiv schon gar nicht durchführbar.

Dass der Regierungsrat lamentiert und buchhalterisch «überaugenfällig» in die Trickkiste greift, mag in den letzten Jahren gut gegangen sein. Es ist schliesslich bis vor wenigen Jahren auch immer aufwärts gegangen: mehr Lohn, mehr Energieverbrauch, mehr Wohnbauten, Frühpensionierungen noch und «nöcher». Aber die Zeiten haben sich geändert, der Platz wird eng und klein. Die Strassen und Züge sind voll. Der Export vor allem in die Staaten der unter gewaltigen Schuldenbergen ächzenden EU geht zurück und wird noch lange zurückgehen. Es geht an die Substanz und der politische Umgangston in Europa insgesamt und – abgeschwächt – eben auch in der Schweiz wird härter und rauer.

Doch der Regierungsrat scheint von alledem nichts zu merken. Nach wie vor meint er, ausgeglichene Budgets seien lediglich einnahmeseitig zu bewerkstelligen. Die SVP-Fraktion steht ein für einen funktionierenden, aber eben auch schlanken Staat. Mit ihrem Ruf ist sie aber leider oftmals die einsame Ruferin in der Wüste. Doch die Wüste beginnt zu leben. Wenn sich schon der Regierungsrat nicht gerne als Verwaltungsrat im Unternehmen «Staat» sieht – ich verweise in diesem Zusammenhang gerne auf die regierungsrätlichen Ausführungen zum PUK-BVK-Bericht (*Parlamentarische Untersuchungskommission zur Versicherungskasse für das Staatspersonal*) –, so muss nun offenbar der Kantonsrat diese Rolle übernehmen. Wir sagen, wie viel gespart werden muss, der Regierungsrat als CEO sagt nur noch, wo und wie.

In diesem Sinne hat zum Glück die Finanzkommission gehandelt und legte einen pauschalen Kürzungsantrag von 200 Millionen Franken vor. Für die SVP geht dieser Antrag zwar in die richtige Richtung, aber viel zu wenig weit. In Kenntnis der realen Kräfte hat die SVP von sich aus auf den ursprünglich beabsichtigten Antrag in der Höhe von 600 Millionen Franken verzichtet und stellt den Antrag auf 400 Millionen Kürzungen. Die Regierung im Allgemeinen und die Finanzdirektorin im Besonderen können sich allerdings – das hören wir ja im Parlament seit Jahren – mit den pauschalen Kürzungen nicht anfreunden. So war im «Tagi» (*Tages-Anzeiger*) vom vergangenen

Dienstag zu lesen, Zitat: «Aus Guts Sicht ist die Sparvorgabe rechtlich nicht bindend und deshalb nicht umsetzbar.» Eine solche Aussage erstaunt und erschreckt mich gleichermassen, denn, Frau Finanzdirektorin, eine Sparvorgabe ist selbst dann umsetzbar, wenn sie auch rechtlich nicht bindend sein sollte, so Mann oder Frau denn wirklich will. Doch ich stelle ernüchert fest: Der Regierungsrat will trotz budgetierten Defiziten nicht sparen. Regierungsrätliche Aussagen, wie eben erwähnt, verdeutlichen auch, dass der Regierungsrat weiterhin, wie vorhin erwähnt, allein das Leitende und keinesfalls das Vollziehende in den Fokus stellt. Er sieht sich lediglich – aber immerhin – als oberster Teil einer Verwaltung, aber nicht oder viel zu wenig als Politiker. Würde wieder viel mehr Politik im Regierungsrat Einzug halten und nicht das Verwalten je länger, desto mehr überhandnehmen, würde der Regierungsrat kooperieren und nicht in Abwehrhaltung verharren, seine Handlungsmaxime wäre: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Doch diesen Willen zur ausgabenseitigen Sanierung vermisste ich in der regierungsrätlichen Finanzpolitik seit Jahren.

Ich kann Ihnen sagen, geschätzte Regierung: Lange war auch die SVP keine Freundin von Pauschalanträgen, doch Sie lassen uns gar keine andere Wahl. Stets hören und hörten wir vom Regierungsrat und von der gegenüberliegenden Ratsseite, so auch von Rosmarie Joss heute Morgen: Keine Pauschalen, sagt wo und wie genau gespart werden soll! Ja, genau das haben wir letztes Jahr bei der Bildungsdirektion getan. Wir sagten mit einer satten Ratsmehrheit ganz genau, was, wie viel und wo gespart werden soll, nämlich 10 Prozent sparen bei der Zentralverwaltung, Umsetzung durch Personalabbau. Was die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Regine Aepli*) dann aber schliesslich getan hat, kann politisch nichts anderes sein als ein Steilpass für Pauschalkürzungen, ein Steilpass für ein System, in dem der Kantonsrat eben der Verwaltungsrat und die Regierung der CEO des Unternehmens «Staat» ist. Das Verständnis der Regierung foutiert sich um die kantonsrätlichen Aufträge, einmal mehr die Regierung als Spitze der Verwaltung und leider keineswegs als Politikerinnen und Politiker. Eine solchermassen agierende und funktionierende Regierung lässt einem gar keine andere Wahl als Pauschalkürzungen via Reptilienfonds.

Schnell mussten wir aber bei den Pauschalkürzungen zur Kenntnis nehmen, dass der Weg zum 400-er Erfolg kiesig, steinig beziehungsweise total verbaut war. Wir reagierten und offerierten, diesmal nicht

via Kommission, sondern direkt mit den bürgerlichen Parteien, 300 Millionen. Aber auch hier zeigte sich nach anfänglich zumindest teilweise positiven Signalen: Ein mehrheitsfähiger Kompromiss ist nicht möglich. Geblieben sind nun schliesslich die 250 Millionen Pauschalkürzungen. Ein positives Budget mit aufwandseitiger Pauschal-senkung, das nur dank dem steten Druck der SVP zusammen mit den bürgerlichen Partnern so geschnürt werden konnte.

SP und Grüne dagegen haben sich schnell aus dem diesjährigen Budgetprozess verabschiedet. Keine Spur von Kampf um ein Budget nach ihrem Gusto. Man begnügt sich mit dem regierungsrätlichen Defizitbudget und packt noch ein paar chancenlose Aufstockungsanträge im Bereich Personal rein, um sich dann vermeintlich konsequent zu verabschieden und das Budget abzulehnen. Lasst euch sagen: Früher wart ihr noch kämpferischer (*Heiterkeit*). Und Rosmarie Joss, nehmen Sie doch bitte auch zur Kenntnis, dass die SVP via Ausgaben und nicht via Einnahmen das Budget sanieren will. Und das ist auch kein Widerspruch zu unserer Auffassung, dass wir bei der Polizei aufstocken wollen. Die ist uns nämlich allesamt lieber als das Gleichstellungsbüro und zum Beispiel die Fachstelle Naturschutz. Es ist eben Politik und das ist eine politische Gewichtung.

Nun aber steht das Budget und wir stimmen zu; nicht aus Begeisterung, nein, sondern weil wir als grösste Partei im Kanton Zürich einerseits, wenn immer noch vertretbar, ein Budget wollen und andererseits letztlich als bürgerliche Partei zu einem bürgerlich dominierten Budget Ja sagen, das heisst zu einem Budget mit aufwandseitigen Einsparungen.

Und noch zur CVP. Philipp Kutter, zu deinem Vergleich mit Neil Armstrong: Wären die grossen Schritte damals schon so klein gewesen wie beim heutigen Budget, Neil Armstrong hätte die USA wohl nie verlassen (*Heiterkeit*).

Wenn ich nun schliesse, tue ich dies mit dem Aufruf an die Regierung mit Blick in die Zukunft: Hört auf mit Reagieren und Verwalten, sondern agiert und politisiert! Regierungsrat Ernst Stocker hat das bei der Spurfrage am Bellevue vorgemacht, dass es geht, wenn man will. Aber man muss eben wollen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Raphael Golta (SP, Zürich): Sie haben es schon wieder getan: Zum fünften Mal in Folge hat die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates

entschieden, sich mittels Pauschalkürzung nicht zu entscheiden, «the same procedure as last year, the same procedure as every year». In den letzten Jahren konnten Sie sich immerhin noch dahinter verstecken, dass die Tageszeit schon sehr weit vorgerückt war und vielleicht das eine oder andere Glas Wein zuvor getrunken wurde, als Sie sich für ihre Pauschalkürzung im 4950-er entschieden haben. Diese Ausrede können Sie dieses Jahr nicht anbringen. Martin Arnold hat in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen, dass die Verfassung dem Kantonsrat die Budgetkompetenz zuweist. Der Präsident der Finanzkommission stiess ins gleiche Horn. Ja, auch ich kenne die Verfassung. Und dort steht, dass der Kantonsrat für den Beschluss des Budgets zuständig ist. Aber wissen Sie, ich hege die Vermutung, dass der Verfassungsgeber davon ausging, dass sich der Gesetzgeber bei der Ausübung dieser Kompetenz an die selber beschlossenen Gesetze hält. Da hat sich der Verfassungsgeber offensichtlich geirrt. Ich fand es interessant, wie heute Martin Arnold, darauf hingewiesen hat, dass da ja ein paar Paragraphen dies so regeln würden, aber diese sollten doch bitte ignoriert werden. Wie war das doch nochmals gleich mit der Verbuchung der BVK-Ausgaben? Da waren Sie diejenigen, die fanden, das seien dann wiederum Paragraphen, denen man nachleben solle. Meine Damen und Herren, die Gesetze gelten für alle in diesem Kanton, für den Kantonsrat wie auch für den Regierungsrat, aber auch für die SVP.

Der Kantonsrat hat 2006 im Rahmen des CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*) die Regeln für das Budget festgelegt. Seit 2008 ist das Gesetz in Kraft und wird seither von der bürgerlichen Mehrheit mit viel Leidenschaft ignoriert. Wenn uns als Politikerinnen und Politiker ein Gesetz nicht gefällt, dann sollten wir es ändern, statt es laufend zu verletzen. Jörg Kündig hat heute wiederum sehr lustige neue Ideen ins Spiel gebracht, wie wir diesen Budgetprozess doch anders gestalten könnten. Herr Kündig, wir können gerne Ihre Vorschläge diskutieren, aber in der Zwischenzeit sollten auch Sie sich an das geltende Gesetz halten.

Die Reduktion des Budgets auf einen einzelnen Saldo kommt der Verweigerung gleich, sich mit dem konkreten Budget eines konkreten Jahres auseinanderzusetzen. Zudem drückt sich die bürgerliche Mehrheit um die Verantwortung, zu sagen, wo die Leistungen gekürzt werden sollen. Wenn Sie diese Verantwortungen wahrnehmen würden, Jürg Trachsel, müssten Sie auch nicht mit Zaunpfählen winken. Sehr

kämpferisch kommt dies auch nicht rüber. Auch dieses Jahr wird von bürgerlicher Seite argumentiert, man habe erfolgreich den Saldo verbessert. Daran zweifle ich. Wir wissen nicht, was genau die Folge der Pauschalkürzung ist. Wird weniger ausgegeben oder hätte das Budget so oder so besser abgeschnitten? Oder rechnet der Regierungsrat bei seinem Budgetentwurf den Pauschalantrag schon ein? Wir wissen es nicht.

Als Orakel von Küsnacht sagt uns die Finanzdirektorin, dass die Regierung einen restriktiven Haushaltsvollzug der Direktionen und der Staatskanzlei anstrebt. Aha, sehr vielsagend. Ich persönlich neige zur Vermutung, dass die positiven Jahresabschlüsse der letzten Jahre herzlich wenig mit den Pauschalkürzungen zu tun hatten. Eine grössere Rolle dürften die gute Wirtschaftsentwicklung sowie der stets zu pessimistisch budgetierende Regierungsrat spielen. Hinzu kommt eine gehörige Portion Glück. Eine andere Folge der Pauschalkürzung steht hingegen fest: Das Budget verliert seine Aussagekraft. Wir wissen bald nicht mehr, wo wir finanziell tatsächlich stehen. Der Teufel steckt eben im Detail. Wer die Leistungsgruppe nicht ehrt, ist des Budgets nicht wert. Wenn das Parlament nicht mehr bereit ist, sich mit dem Klein-Klein des Budgets auseinanderzusetzen und um die Details zu feilschen – ich spreche von Details, nicht 50 Millionen mehr oder weniger –, dann verliert es die Zügel definitiv aus der Hand. Der Kanton gibt mehr als 14 Milliarden Franken aus und das einzige, was Sie wirklich interessiert, sind die soeben beschlossenen 250 Millionen Franken. Es ist keine Kunst, in guten Zeiten ein ausgeglichenes Budget herbeizureden, die Kunst besteht darin, ein realistisches Budget zu erstellen. Sie missbrauchen ein paar gute Jahre dafür, den Wert des Budgets in den Sand zu setzen. Kollege Jean-Philippe Pinto hat heute einige seltsame Bilder und Metaphern aus der Fussballwelt belehnt – vielleicht sollte ich hier sagen: Schuster bleib bei deinen Leisten –, aber ich habe auch noch gern ein Fussballbild: Ihr Penalty wird zum Eigengol.

Nicht nur der unsägliche Antrag zum 4950 feiert mit diesem Budget Geburtstag. Das Gleiche gilt für unsere Aufforderung an die Regierung. Wir haben es heute schon mehrfach gehört: Herr Regierungspräsident, Frau Finanzdirektorin, ignorieren Sie diesen ungesetzlichen Auftrag! Wir haben Sie wiederholt davor gewarnt, dass die Begehrlichkeiten anwachsen werden, wenn Sie das Spiel einmal mitspielen oder zumindest so tun, als würden Sie es mitspielen. Leider haben

sich unsere Befürchtungen bewahrheitet. Aber es ist noch nicht zu spät, Frau Finanzdirektorin.

Die SP-Fraktion hat im Budget 2013 mit ihren – wohlgerneht – gesetzskonformen Anträgen eigene Schwerpunkte gesetzt. Im Immobilienbereich haben wir einen konkreten Vorschlag zur Effizienzsteigerung eingebracht. Dieser Vorschlag war aber offensichtlich zu konkret. Ebenfalls erfolglos blieben wir mit unserer Forderung nach einer Lohnpolitik, die sich am geltenden Reglement des Kantons orientiert. Zuletzt wurde auch unser Antrag zur Ausschöpfung der Investitionen abgelehnt. Diese Rechnung werden wir früher oder später bezahlen müssen.

Eine Bemerkung noch zum Vorgehen der Grünliberalen. Die Fraktion hat bekanntlich den Versuch unternommen, das Budget durch Einzelanträge zusammenzustreichen. Dabei hat sie etwas bewiesen: Einzelanträge sind nicht zwangsläufig und immer viel intelligenter als Pauschalanträge (*Heiterkeit*).

Der Präsident der Finanzkommission hat in seinem Eintretensvotum das Bild des Weltuntergangs bemüht. Das Bild passt durchaus, aber eigentlich passt es zu jeder Budgetdebatte, die ich bisher in diesem Rat miterleben durfte. In den düstersten Farben wird Jahr für Jahr von der Gegenseite erläutert, wie grausam es um die Finanzen steht. Jedes Mal wird uns vor Augen geführt, wie die Wirtschaft den kantonalen Haushalt demnächst mit Mann und Maus in den Abgrund zieht. Es gibt uns noch und das wird auch eine Weile so bleiben. Es ist unbestreitbar, auf unsere Wirtschaft werden auch wieder schwierige Zeiten zukommen. Allerdings sollten wir aufgrund dieser Binsenwahrheit nicht unsere gesamte Planung einzig und allein am wirtschaftlichen Niedergang ausrichten. Die kantonalen Finanzen sind in einem Zustand, der uns auch allfällige wirtschaftliche Klippen umschiffen lässt, wenn dieses Parlament das Budget und seine Regeln genügend ernst nimmt.

Ich komme zum Schluss. Ein Budget mit Pauschalkürzung kann von der SP-Fraktion nicht mitgetragen werden, lieber kein Budget als ein verlogenes Budget. Wir lehnen das Budget 2013 deshalb ab.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Ja, richtig, Raphael Golta, «same procedure as every year». Du kennst «Diner for one» auch, welches das Schweizer Fernsehen wohl auch diesen Silvester zeigen

wird. «Same procedure as every year» gilt in der Tat auch für die diesjährige Budgetdebatte, allerdings ist dann auch schon fertig mit lustig. Und festtäglich war es irgendwie auch nicht, trotz der Tatsache, dass es feine Guetzli von der EDU gab und dass Frau Joss (*Rosmarie Joss*) immerhin eine besinnliche Stimmung schaffen wollte, indem sie überall Kürzungsapostel und Sparapostel ortete.

Seien wir ehrlich: Wenn der Regierungsrat bei einem 14-Milliarden-Haushalt ein ausgeglichenes Budget um rund 160 Millionen verfehlt, dann unterstelle ich ihm, dass er damit dem Kantonsrat einen Knochen hinwirft, in den er sich erwartungsgemäss verbeisst. Ich habe den Verdacht, dass die Regierung von Anbeginn davon ausgegangen ist, dass wir diesen Fehlbetrag korrigieren. Die Frustration der Regierung dürfte sich deshalb wohl nun in Grenzen halten.

Das wäre auch angemessen. Einerseits hat der Regierungsrat unseren letztjährigen Sparauftrag in keiner Weise umgesetzt, wie wir es wollten, und zwar weder bei der globalen Kürzung noch bei spezifizierten Kürzungen. Andererseits beantragte er letztes Jahr eine absurd hohe Steuerfusserhöhung, von der wir heute wissen, dass er diese unnötigerweise auf Vorrat gefordert hat. Die Zwischenberichterstattung vom September 2012 zeigt in absoluter Klarheit, wie richtig es war, dass wir dies verhindert haben. Wir sind auf gutem Weg zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis, zu welchem allerdings die Sparbemühungen der Regierung am allerwenigsten beigetragen haben. Die Regierung ist deshalb meiner Ansicht nach nicht in der Position, die bürgerliche Ratsseite wegen derer Anträge zu kritisieren und zu belehren.

Werfen wir einen Blick über den Budget-Tellerrand hinaus auf die mittelfristige Finanzplanung: Der Aufwand 2013 bis 2016 soll gegenüber dem Budget 2012 um 1,6 Milliarden steigen. Das entspricht einer Steigerung von jährlich 3 Prozent bei einer erwarteten Teuerung von rund 1 Prozent. Allein der Personalaufwand soll in diesem Zeitraum um 10 Prozent beziehungsweise eine halbe Milliarde ansteigen, wobei nur ein Viertel davon auf individuelle Lohnerhöhungen und den Teuerungsausgleich zurückzuführen ist. Drei Viertel sind neue Stellen oder Stellen mit erhöhten Anforderungen. Diese Entwicklung bereitet uns wirklich Sorgen, vor allem wenn wir sehen, wie schwer sich die Regierung bereits heute damit tut, den Personalaufwand wirksam zu steuern. Und hat der Regierungsrat im letzten Jahr noch mit einer Hauruck-150-Millionen-Sparübung über die Sommerferien auf die schlechten finanziellen Perspektiven reagiert, so waren dieses

Mal aufwandseitig keine speziellen neuen Bemühungen auszumachen.

Nun, ein verantwortungsvolles Politisieren würde hier drum vom Parlament eine Reaktion erwarten – auch auf der linken Ratsseite. Weit gefehlt. Auch dieses Jahr – same procedure as every year – gefallen Sie sich darin, die Empörten zu mimen und zu spötteln. Damit hat sich Ihr Beitrag zum Budget dann aber im Wesentlichen auch bereits erschöpft. Denn, seien wir ehrlich: Ihre Performance da drüben ist ja doch recht bescheiden. Denn was machen Sie eigentlich? Eigentlich nichts. Sie klopfen sich auf die Schultern und finden das Budget des bürgerlichen Regierungsrates im grossen Ganzen offenbar tiptopp und machen ein bisschen Abwehrkampf. Dazu kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen vis-à-vis, dass wir ja alle wissen, dass Sie sich künstlich aufregen. Es wurde mehrfach gesagt: Stellen wir konkrete Kürzungsanträge in spezifischen Leistungsgruppen, dann ist es Ihnen ja genau dort nicht recht. Kürzen wir pauschal, dann ist es Ihnen ja genau dort nicht recht. Kürzen wir pauschal, dann ist es Ihnen auch nicht recht. Das ist immerhin logisch, denn Sie wollen ja gar keine Aufwandkürzungen, egal auf welche Art. Also ist diese jährliche Empörung über die Methode eine vorgeschobene.

Ich danke drum Frau Bildungsdirektorin Regine Aeppli, dass sie uns klar gezeigt hat: Wo ein Sparwille ist, ist auch ein Weg. Sie hat zwar nicht dort gespart, wo wir es ihr aufgetragen haben, und eigentlich hat sie auch nicht wirklich viel gespart, sondern einen grossen Teil ihres Problems an die Gemeinden und Schulen weitergegeben. Aber sie hat uns vom latent schlechten Gewissen gegenüber pauschalen Kürzungsanträgen befreit. Und sie hat unsere These bestätigt, dass die Regierung am liebsten selber entscheidet, wo sie sparen will, wenn sie denn unbedingt muss, und dass durchaus Potenzial vorhanden ist.

Glauben Sie mir: Wenn die Regierung in der Verwaltung den Sparauftrag durchgibt, wissen die Verantwortlichen jeder Verwaltungseinheit sehr genau, wo der Rotstift angesetzt werden kann, ohne Qualität und Dienstleistung für die Öffentlichkeit zu tangieren. Dann werden halt eben nächstes Jahr keine zusätzlichen Büros mit dem neuen Mobiliar ausgerüstet. Dann muss die neue Telefonanlage halt zuwarten, ebenso die Sanierung der Fenster. Und eventuell werden auch die Beiträge für die Personalanlässe etwas bescheidener ausfallen. Und ja, möglicherweise wird eine an sich wünschenswerte zu-

sätzliche Dienstleitung nicht erbracht werden können, weil die Stelle hierfür nicht geschaffen werden kann.

Die Pauschalkürzung hat deshalb auch dieses Jahr – same procedure as every year – nur einen Zweck: Spardruck auf Regierung und Verwaltung auszuüben beziehungsweise korrekt: «Aufwandssteigerungsminimierungsdruck». Ja, Raphael Golta, wir hätten diese Pauschale tatsächlich gerne zumindest auf die Direktionen verteilt. Dem Kantonsrat fehlt zurzeit dieses Instrument. Nicht umsonst ist ein Ausschuss der Geschäftsleitung des Kantonsrates und auch der Finanzkommission an der Arbeit bezüglich unserer Finanzsteuerungsinstrumentarien. Hier ist Handlungsbedarf.

Aber die Pauschalkürzung ist der überzeugendere Weg, als mit dem Mut der Verzweiflung häufig auf Halbwissen basierende konkrete Kürzungsanträge zu stellen, die einer näherer Betrachtung einfach nicht standhalten, lieber Benno (*Benno Scherrer Moser*). Wir konnten beim besten Willen nicht Anträge unterstützen, die aus unserer Sicht sinnvolle Entwicklungen behindern, beispielsweise die Zentralisierung der Informatik in der Finanzdirektion, oder die Anträge in der Akutsomatik, bei denen wir bereits heute wissen, dass weder Regierung noch Verwaltung sondern Gerichte darüber entscheiden werden, wie hoch der Staatsbeitrag ausfällt. Das bringt's einfach nicht.

Eines aber ist uns klar: Mit dem Überbürden des Sparauftrages an die Regierung geht einher, diese dann in ihren konkreten Massnahmen zu unterstützen. Wir haben dies stets ohne Wenn und Aber getan und nicht via Hintertür Sparanstrengungen torpediert. Ich sichere der Regierung auch für dieses Mal unsere Unterstützung zu, erwarte aber auch gleichzeitig, dass sie den Auftrag des Parlamentes ernst nimmt.

Ich komme zum Schluss: Die FDP-Fraktion hat sich für die diesjährige Budget- und KEF-Debatte folgende Ziele gesetzt:

Erstens: Wir wollen ein verabschiedetes Budget. Zweitens: Wir wollen mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis. Drittens: Wir wollen mit KEF-Erklärungen und Leistungsmotionen vor allem im Bereich der Personalkosten die Weichen so stellen, dass auch mittelfristig ein ausgeglichenes Budget ohne Steuerfusserhöhung und Neuverschuldung möglich ist.

Die Kriterien zwei und drei sind erfüllt, weshalb wir nun Kriterium eins ebenso verwirklichen möchten und dem korrigierten Budget zu-

zustimmen. Ich danke denjenigen Fraktionen, die das mit uns zusammen tun.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich muss zugeben, es war amüsant zuzuschauen, wie die Sparrundengespräche der bürgerlichen Kollegen im Foyer dieses Jahr immer hektischer wurden. Wir hätten eigentlich Wetten abschliessen sollen, wer letztlich den Lead übernehmen würde. Wir haben es nicht getan. Dass es dann aber ausgerechnet die BDP-Winzlinge mit Marcel Lenggenhager wurden (*Heiterkeit*), das überrascht dann schon und deutet übrigens auch darauf hin, dass wir nächstes Jahr wieder dasselbe Spektakel ohne wirklichen Leader erleben werden. Es geht ja eigentlich auch nicht um die Sache, es geht darum, das Gesicht zu wahren. Sie zwangen uns dann auch noch zu Abstimmungen, obwohl das Resultat schon klar war, und das sagt sehr viel aus über den Zustand der bürgerlichen Parteien zurzeit.

Die Grünen werden das Budget ablehnen, Sie wissen das schon. Wir lehnen jedes Budget mit einer Pauschalkürzung beim Konto 4950 ab, weil wir letztendlich genug haben von diesem sich alljährlich wiederholenden Theater. Die Regierung legt ein Budget mit einem minimalen Defizit vor, gerade so, dass man keine Steuerfussdiskussion provoziert. Die Bürgerlichen spielen sich in einer ersten Runde gross auf, rufen nach energischen Sparmassnahmen, weigern sich aber dann wie immer, konkrete Massnahmen vorzuschlagen, mit Ausnahme von ein paar populistischen Pseudomassnahmen, die dann letztendlich sehr gut tönen für die Galerie, aber keine wirklichen Auswirkungen auf den Finanzhaushalt haben. Wir wissen es und Sie wissen es auch, weshalb keine konkreten Sparmassnahmen vorgelegt werden: Es ist einfach, Sie haben Angst, unbequeme Streichungen und Kürzungen bei den Staatsaufgaben vorzuschlagen, weil Sie genau wissen, dass die Bevölkerung keinen Abbau bei der Bildung, der Gesundheit, beim Sozialen und der Sicherheit will. Und so erklären uns alljährlich die Herren Vogel (*Thomas Vogel*) und Trachsel (*Jürg Trachsel*) ganz einfach, dass die Regierung am besten wisse, wo gekürzt werden kann. Ja, wo sind wir denn? Nach unserer Verfassung hat der Kantonsrat die Budgethoheit. Diese kann nicht an den Regierungsrat delegiert werden. Das sollte man auch während des Jahres immer wieder bedenken: Wenn wir Gesetze beschliessen, ohne nach dem Preis zu fragen, wie das beim Polizeigesetz der Fall war, dann macht es sich beim Budget bemerkbar, das ist doch ganz klar.

Die zweite Runde dann in diesem Budgettheater ist auch immer gleich: Frau Gut (*Regierungsrätin Ursula Gut*) spielt im Namen der Regierung ein wenig auf Empörung und bemüht die Verfassung, die solches Tun ja eigentlich nicht zulässt. Und im nächsten Frühjahr, bei der Präsentation der Rechnung, folgt die dritte Runde: Die Bürgerlichen nehmen mit Erstaunen und Zorn zur Kenntnis, dass der Regierungsrat nicht dort den Aufwand gesenkt hat, wo sie eigentlich hätten kürzen wollen, sich aber nicht getraut haben. Da darf ich jetzt einmal Thomas Vogel herausnehmen. Er hat sogar gelobt, wie auch immer das gemeint war. Aber ich kann Ihnen sagen: Recht geschieht Ihnen, recht geschieht Ihnen.

Wenn ich die letzten Budgetdebatten zusammenfasse, müsste unser Haushaltsrecht eigentlich wie folgt geregelt sein:

Erstens: Der Regierungsrat legt das Budget fest. Zweitens: Der Kantonsrat legt auf einem Phantomkonto eine pauschale Kürzung für den gesamten Haushalt des Kantons fest. Drittens: Der Regierungsrat macht mit dieser Kürzung, was er will. Fertig, das würde reichen. Die wahren Probleme des Finanzhaushaltes des finanzstärksten Kantons der Schweiz werden tunlich gemieden. In den nächsten Jahren kommt ein Investitionsbedarf von mehreren Milliarden auf uns zu, und kein Mensch weiss, wie dies bewältigt werden soll. Statt uns mit den echten Problemen zu beschäftigen und Lösungen zu finden, damit wir unseren Wohlstand auch längerfristig bewahren können, verlieren wir uns in unsäglichen ideologischen Pseudosparmassnahmen. Für den Haushalt des gesamten Kantons jedoch sind sie bedeutungslos. Das führt zu absurden, aber aussagekräftigen Situationen. Man akzeptiert zwar, dass für den Bau des Polizei- und Justizpalastes in der Baudirektion Stellen geschaffen werden – sieben, dann nochmals 16 –, zwei Stellen für das Sozialversicherungsgericht sind der FDP und der CVP und ändern aber entschieden zu viel. Für die bürgerliche Mehrheit ist die Judikative, also ein Dienst eigentlich an der Bevölkerung, keine wichtige Staatsaufgabe. Schon tragisch oder einfach nur «gruusig» ist dann der Antrag von Claudio Schmid zur Kürzung bei der Strafverfolgung zu bezeichnen. Ausgerechnet die härtesten «Law-and-Order-Politiker», die immer nach einer schnellen und harten Strafverfolgung rufen, waren da am Werk. Oder soll da eine Strafaktion durchgeführt werden, weil die Strafverfolgungsbehörden auch gegen SVP-Politiker ermitteln, wenn es denn nötig ist?

Die Grünliberalen waren mit vielen Anträgen sehr fleissig. Sie setzen aber keine Schwerpunkte. Sie verlangten überall «es bizzeli weniger». Mehrfach verlangen sie weniger Stellen, was aus ihrer Sicht, über den Daumen gepeilt, so ungefähr mit ein bisschen Effizienz immer auch gehen soll. Seriös ist das nicht, aber mit dieser Methode muss man ja auch nicht Flagge zeigen, indem man Staatsaufgaben streicht. Man will das ganze Programm, aber einfach weniger zahlen dafür. Auch redet man mit niemandem. Wenn man den Zeitpunkt der Einreichungen ihrer ewig zu späten Anträge sieht, könnte man meinen, dass sie auch intern nicht miteinander reden. Es bleibt immer noch die Hoffnung, dass das vielleicht irgendwann einmal ändert.

Ein kurzer Ausblick, ich habe es bereits erwähnt: Wir stecken in einem gewaltigen Investitionsstau. Investitionen in der Grössenordnung von 8 bis 11 Milliarden schiebt die Regierung planlos vor sich her. Neben energetischen Sanierungen unserer Amtshäuser warten zum Beispiel auch unsere Mittelschulen, die in der grossen Ausbauphase in den Sechziger- und Siebzigerjahren gebaut wurden und daher in den nächsten Jahren dringend saniert werden müssen. Der Ausbau und die Sanierung des Universitätsspitals und der Universität werden seit Jahren diskutiert, aber alles, alles versandet in irgendwelchen Arbeitsgruppen. Die Regierung hat keinen Plan und sie verweigert den Blick in die Zukunft, dreht sich in Arbeitsgruppen um sich selber und verharrt vor lauter Angst, dass man auch über den Steuerfuss diskutieren müssten, ein No-Go für die bürgerlichen Tiefsteuer-Fetischisten. Dass der Kanton langfristig aber seinen ganzen Wohlstand einbüsst, wenn er seine Infrastruktur verludern lässt, nehmen sie grobfahrlässig in Kauf. Für das nächste Jahr erwarten wir einen Finanz- und Zeitplan mit einer klaren Strategie des Regierungsrates in diesem Bereich.

Für dieses Jahr bleibt es dabei: Solange die Bürgerlichen mit ihren Pauschalkürzungen die Budgetverhandlungen zum ritualisierten Theater machen, ohne über konkrete Massnahmen zu reden, müssen sie das Budget selber verantworten. Wir lehnen die «Blackbox» ab. Ich danke Ihnen.

Benno Scherrer Moser (GLP, Uster): Wir Grünliberale wollen ein Budget. Wir wollten ein ausgeglichenes Budget, ein ausgeglichenes Budget für 2013 und dann auch für 2014, und das auch ohne Steuererhöhungen. Daher wollten wir das Budget konkret verbessern und

nicht einfach Kosmetik betreiben. «Verbesserung», dieser Begriff findet sich auch in den FIKO-Protokollen bei den Anträgen.

Nun haben wir einen Mehrheitsantrag beim Pauschalantrag von 250 Millionen Franken und zudem haben wir konkrete Verbesserungen von 12 Millionen erreicht. Ich nehme es vorweg: Wir Grünliberale werden dem Budget zustimmen, auch mit und trotz der so hohen pauschalen Aufwandkürzung. Wir können es uns schlicht nicht leisten, budgetierte Defizite einfach hinzunehmen, nicht dieses Jahr, nicht in den kommenden Jahren. Denn gerade über die KEF-Periode kumuliert, kommen sie bereits schon auf über 700 Millionen Franken. Dem muss Einhalt geboten werden und wir gebieten hier Einhalt, weil wir einfach nicht immer mehr ausgeben können, als wir einnehmen, und wir nicht mehr einnehmen sollen. In anderen Ländern werden wirkliche «Cuts», also einschneidende Massnahmen und ausgabensenkende Massnahmen diskutiert, in einigen Ländern ja auch nicht. Und dann wissen wir, wie es herauskommt, wenn das Ausgabenwachstum nicht rechtzeitig gezügelt wird. Dann braucht es irgendwann ganz massive Massnahmen. Wir wollten also das Aufwandwachstum brechen, denn es gibt keinen Bereich ohne Steigerung und es gibt Einzelbereiche mit massiven Steigerungen, die wir nicht hinnehmen können, nicht hinnehmen wollen. Wir haben also in kurzer Zeit mit einem konzentrierten Studium des Budgets Sparpotenziale geortet, dabei wäre das unserere Ansicht nach eine Daueraufgabe unserer Regierung, einer bürgerlichen Regierung. Wir vermissen den Willen der bürgerlichen Regierung, ein bürgerliches Budget, ein ausgeglichenes Budget, ein schlankes Budget vorzulegen. Wir vermissen den Willen der bürgerlichen Regierung, die Aufwandsteigerung zu brechen, nachhaltig zu brechen. Wir vermissen die Bereitschaft und den Willen der bürgerlichen Regierung, auf Projekte zu verzichten und dafür Prioritäten zu setzen. Wir vermissen eine konsequente Ausgabendisziplin. Es ist – oder in diesem Fall besser: es wäre – Aufgabe der bürgerlichen Regierung, alles daran zu setzen, dass ein ausgeglichenes Budget vorliegt und die Aufwandsteigerung gebremst wird. Gerade zum Beispiel auch in der von einem FDP-Regierungsrat (*Thomas Heiniger*) geführten Direktion, in der Gesundheitsdirektion, wo die Kosten aus dem Ruder laufen. Da erwarten wir Gegensteuer, wenn notwendig in Zusammenarbeit mit der nationalen Ebene. Aber statt Gegensteuer zu geben, wirft man uns in der Debatte Zechprellerei vor und es wurde fatalistisch unseren Anträgen entgegengehalten, dass es halt koste, was es koste.

Nun, man sollte das Spiel vielleicht einmal umdrehen. Die bürgerliche Regierung legt mit dem nächsten Budget dar, welche Leistungen sie zu streichen beabsichtigt und wo sie gewillt ist zu kürzen. Und dann soll das Parlament Budgetverschlechterungen beschliessen. Das wäre für das Parlament dann einfacher zu begründen. Denn Sie wissen, wenn wir eine Ausgabenposition infrage stellen oder kürzen wollen, dann wird man wortreich mit Informationen zugedeckt, weshalb gerade hier eine Kürzung Mehrkosten zur Folge habe und weshalb es unmöglich sei, hier auch nur die Aufwandsteigerung zu brechen. Und diese Argumentation ist von langer Hand vorbereitet.

Wir Grünliberale haben gesagt, in welchen Bereichen wir mit der Aufwandsteigerung nicht einverstanden sind, und haben Vorschläge gemacht. Wir haben Aufwandsteigerungen hinterfragt, nach Sparpotenzial gesucht, versucht, Prioritäten zu setzen. Nochmals: Das erwarten wir von der Regierung. Denn es wäre wichtig, Wünschenswertes von Notwendigem zu unterscheiden, und sogenannte nur Wünschenswertes auch zuerst dem Parlament vorzulegen – nicht erst in der Budgetdebatte. Eigentlich erwarten wir von der bürgerlichen Regierung, dass sie uns ein Budget vorlegt, das keinen Aufwandüberschuss aufweist. Denn wir wollen und dürfen und können nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Und es liegt also nur ein sehr wohlbegründetes, sehr begrenztes Wachstum, ein Aufwandwachstum, drin. Aber wir stellen immer wieder fest: Effizienz steigern und weniger rasch wachsen bei den Ausgaben scheint einfach nicht gewünscht, in welcher Form auch immer. Deshalb werden sowohl pauschale Kürzungen genau gleich wie präzise Budgetkürzungen vom Regierungsrat wortreich und von der Linken empört zurückgewiesen.

In der Budgetdebatte hantieren wir mit Zahlen, mit grossen Zahlen. Wir beschliessen über Ausgaben, Einnahmen, Investitionen. Wir beschliessen also auch über Arbeit, über Aufträge, aber auch über Schulden, über Lasten für kommende Generationen. Lassen Sie mich noch ein paar Zahlen thematisieren. 300 Millionen: Was geschah eigentlich mit den Beschlüssen dieses Rates, der das Budget festlegt, was geschah mit den 300 Millionen Franken Pauschalkürzung vom letzten Jahr? 6 Millionen: 6 Millionen hat der Regierungsrat eingespart, der Auftrag lautete aber auf 300 Millionen. Kurz: Der Auftrag wurde nicht erfüllt. Die Argumente gegen den Pauschalkürzungsantrag, den wir durchgebracht haben, kann man nachlesen. 294 Millionen: Um so viel wurde der Sparantrag verpasst. Wir, das Parlament,

fokussieren auf die Ausgabenseite, das ungebremste Aufwandwachstum. 204 Millionen: Der Regierungsrat beschliesst, dass durch den Anteil der Gewinnausschüttung der Nationalbank und durch Mehrerträge aus Steuern Verbesserungen im Umfang von 204 Millionen bereits wettgemacht sind. So war das nicht gedacht. 96 Millionen: Für die verbleibenden 96 Millionen hat der Regierungsrat festgelegt, dass diese durch einen restriktiven Haushaltsvollzug zu erzielen sind. Und was wurde erzielt: 6 Millionen. Und dann sagt die Regierung lapidar, dass – Zitat – «allein durch einen restriktiven Haushaltsvollzug das Verbesserungsziel von 96 Millionen Franken nicht erreicht werden kann». Aber genau das war der Auftrag. Was wird jetzt wohl aus den 250 Millionen, welche wir dieses Jahr einstellen? Was wird aus den konkreten Anträgen, welche wir dieses Jahr eingebracht und durchgebracht haben? Unser Ziel ist klar: Keine Schulden für nachfolgende Generationen. Ob wir das mit unseren Anträgen oder mit einem Pauschalantrag erreichen, ist letztendlich nicht entscheidend.

Nach der Debatte ist klar: Es wird kein Aufwandüberschuss mehr budgetiert, aber wir wissen, die Einnahmen sind schwierig abzuschätzen. Von daher ist es viel wichtiger, dass dem Ausgabenwachstum Einhalt geboten werden konnte. Und auch dieses Signal ist wichtig: Eine Mehrheit dieses Rates ist nicht bereit, einfach jede Aufwandsteigerung hinzunehmen, schon gar nicht in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Denn jetzt muss nicht der Staatshaushalt wachsen, sondern die Wirtschaft. Wir werden dem Budget zustimmen.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Es gibt in diesem Kantonsrat drei Lager. Da ist die links-grüne Ratsseite, für sie spielt Geld keine Rolle. Sie nimmt sich beim Budget aus dem Spiel, drückt an der Seitenlinie die Daumen und hofft, dass Mitte-Rechts eine Lösung findet. Das zeigt sich jeweils daran, dass Vertreterinnen und Vertreter von SP und Grünen regelmässig nachfragen, halb belustigt, halb besorgt, ob man denn schon einen Kompromiss gefunden habe. Zum andern ist da die SVP, die mit überhöhten Anträgen die Erwartungen unrealistisch in die Höhe schraubt. Beides hat viel mit Ideologie zu tun, aber wenig mit handfester Finanzpolitik.

Die CVP wehrt sich sowohl gegen den unkontrollierten Ausbau als auch gegen das Totsparen. Auch wir haben Anliegen an den Staat, namentlich wenn es um Belange der Familien geht. Wir sagen daher nicht Nein zum Staat, wir sagen Ja zu einem massvollen Staat. Und

unsere besondere Sorge gilt dem ungebremsten Stellenausbau. Wir ermahnen nicht aus Spass hier drin, wir wollen, dass die Schweiz von einem Fiasko wie in anderen europäischen Staaten verschont bleibt. Und man muss nicht nur von Griechenland sprechen. Frankreich und Spanien stehen am Abgrund. Und wenn ich schaue, wer in Italien wieder Premier werden will, wird mir übel. Wollen wir dorthin? Ich denke: Kaum, höchstens in die Ferien. Unser Rezept lautet daher: Stehen wir auf die Bremse!

Für die CVP waren beim Budget zwei Punkte besonders wichtig: das Ausgabenwachstum bremsen und keine weitere Verschuldung. Beides ist gelungen und so sind wir einigermaßen befriedigt vom Ergebnis der Debatte. Zwischendurch allerdings, das muss ich schon sagen, hatte ich schlaflose Stunden (*Heiterkeit*). Ja, nicht nur wegen meiner Tochter, sondern auch wegen Ihnen, geschätzte Damen und Herren. Denn es bestand die konkrete Gefahr, dass SP, Grüne und SVP das Budget ablehnen. Und so malte ich mir aus, während ich mich im Bett wälzte, was das für Folgen hätte: Der Kanton müsste mit Notbudget fahren, Investitionen blieben liegen, Projekte würden verzögert, der Kanton Zürich würde ohne Not in eine Krise manövriert. Vielleicht ist es ein genetischer Defekt, aber im Gegensatz zu diesen Parteien, die zusammen fünf von sieben Regierungsräten stellen, wollen wir das nicht riskieren. Offenbar gibt es so etwas wie einen staatstragenden Reflex in der CVP. Aber es gibt noch einen andern Reflex. Wir fragten uns: Ist es tatsächlich so, dass immer wir die Kohlen aus dem Feuer holen müssen (*Heiterkeit*). Offenbar ist es so und ich bin dankbar, dass wir nahe, nahe an unserer Idealvorstellung eine tragfähige Lösung gefunden haben. Ich melde: Houston, die Rakete ist gelandet.

Grössere Diskussionen gab es einmal mehr um das Konto 4950. Neu hat auch die SP dieses Konto für ihre Anliegen entdeckt. Man kann über diese Art von Anträgen sicher diskutieren und ich gebe zu: Pauschalanträge sind wohl Ausdruck davon, dass der Kantonsrat an seine Grenzen stösst. Es fällt uns schwer, mit Indikatoren zu steuern. Das zeigt sich auch bei den konkreten Anträgen. Budgetierte Ausgaben und Stellenplan sind nach wie vor vertrautere Messgrössen. Ich erachte es daher als sinnvoll, dass wir über die Bücher gehen. Das dicke blaue Buch bleibt für viele eines mit sieben Siegeln und es stellt sich die Frage: Brauchen wir andere Zahlen, andere Zuständigkeiten oder vielleicht eine Ausbildung für alle? Wir werden uns mit diesen Fragen

befassen, ja, befassen müssen, Thomas Vogel hat auf den Ausschuss der Geschäftsleitung/FIKO hingewiesen.

Die Debatte war nicht immer geistreich. Auch dieses Mal erinnere ich mich an ein Votum, das mit dem Satz begann: «Eigentlich ist schon alles gesagt.» Doch ich will nicht kritisieren, sondern vielmehr loben. Ganz im Zeichen der vielen Awards, die Ende Jahr verteilt werden, verleihe ich hiermit virtuell drei Goldene Mikrofone. Das erste geht an Bernhard Egg, der am Dienstag die Absenz von Alkohol beim abendlichen Imbiss damit begründete, die Budgetdebatte sei ein Hochrisikospiele. Das zweite Goldene Mikrofon geht an die Vertreter der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*), die mit kurzen und prägnanten Voten ihr Möglichstes getan haben für einen Abschluss der Debatte am Dienstagabend. Leider griff dieses Feuer der Effizienz nicht auf die KPB (*Kommission für Planung und Bau*) über. Und das dritte Goldene Mikrofon geht an Urs Lauffer für sein Votum bei der Beratung der Gesundheitsdirektion. Er brachte es einmal mehr fertig, mit einem Votum gefestigte Fraktionsmeinungen ins Wanken zu bringen, das schaffen nur ganz wenige.

Ich komme zum Schluss. Die CVP wollte das Ausgabenwachstum bremsen und weitere Verschuldung verhindern, beides ist gelungen. Die CVP sagt daher Ja zum Budget. Wir erwarten von der Regierung, dass sie die politischen Signale des Kantonsrates respektiert. Wir wünschen uns, dass die Finanzplanung so ausgelegt ist, dass unser Kanton auch eine grössere Krise gut übersteht. Zürich braucht eine konsistente, langfristig ausgelegte Finanzpolitik und eine Stabilisierung der Ausgaben. Besten Dank.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Ich muss Ihnen leider sagen: So stinkt der EVP-Fraktion die Budgetdebatte (*Heiterkeit*). Mit unserem System aus dem CRG sollte der Kantonsrat konkrete Anträge stellen. Die Sparparteien möchten den Pelz waschen, ihn aber nicht nass machen. So geht das leider nicht. Kommen Sie aus der Deckung und geben Sie uns Ihre strategischen Überlegungen bekannt. Bei einer Pauschalkürzung wendet die Regierung in einer zweiten Stufe einfach die Rasenmähermethode an und gibt den Spardruck nach unten weiter. Wenn schon verlangen wir vom Kantonsrat eine Strategie und nicht dieses Klein-klein-Denken. Irgendwie sind diese bescheidenen Kürzungen in der Budgetdebatte auch gar nicht relevant für das Budget des Kantons. Zudem waren viele Kürzungen einfach nur Scheinkürzungen.

Aber wir haben festgestellt, dass die bürgerlichen Parteien mit der beschlossenen Pauschalkürzung von 250 Millionen Franken einfach nur glücklich sind.

Mit einem gewissen Recht hat Kollege Matthias Hauser hervorgehoben, die Details müssten in den Kommissionen mühsam erfragt werden. Wenn Sie aber 400 Millionen Franken sparen wollen, brauchen Sie zuerst einmal eine Strategie und keine Details. Wir stellen fest: Die Sparparteien haben keine Strategie – der letztjährige Antrag in der Bildungsdirektion war nicht Strategie, sondern Revanche, ausser die Grünliberalen. Die haben eine verwirrlige Strategie. Aber die Grünliberalen haben den Blinker draussen und gefallen sich in der Rolle als Motivator der SVP und versuchen die FDP anzutreiben (*Heiterkeit*). Die Pauschalanträge im Konto 4950 heissen für die EVP dreierlei: A) Wir sind von unserer Aufgabe überfordert. B) Wir verzichten darauf, Prioritäten zu setzen. C) Obwohl wir die Regierung dauernd nur kritisieren, wissen wir auch nicht, wo sparen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Der EVP ist eine sparsame Haushaltsführung ein grosses Anliegen. Wir möchten, dass das Geld der Steuerzahler mit grosser Sorgfalt ausgegeben wird. Aber wir vertrauen der Regierung, dass sie das Möglichste tut, um dieses Ziel zu erreichen. Frau Finanzdirektorin Ursula Gut hat schliesslich auch angekündigt, sie werde Arbeitsgruppen einsetzen, um das Ausgabenwachstum einzudämmen. Auf deren Resultate sind wir gespannt. Mit dem KEF beziehungsweise den KEF-Erklärungen und dem Budget könnte der Kantonsrat eigentlich die Ausgaben des Kantons längerfristig steuern. Da zeigt sich jedoch eine Überforderung des Gremiums. Es ist im Milizsystem offensichtlich schwierig, mit dem Regierungsrat und der Verwaltung auf Augenhöhe zu diskutieren. Die KEF-Erklärungen müssten eigentlich verbindlich sein oder eine so gute Strategie vorgeben, sodass der Regierungsrat nicht darum herumschlingelt, diese zu übernehmen.

Strategisches Denken hat die EVP in der Budgetdebatte leider wenig erkennen können. Trotzdem stimmen wir dem Budget mit der Pauschalkürzung zu, weil wir mit einem Budget ins neue Jahr wollen. Oder wir müssen das Budget eigentlich gar nicht mehr behandeln, sondern der Regierung einfach nur mitteilen, wie viel sie einsparen soll. Zumindest hätten wir dann Zeit und Sitzungsgelder eingespart. Wenn ich verschiedene Voten betreffend Pauschalkürzung der letzten beiden Verhandlungstage noch einmal vor den Augen vorbeiziehen

lasse, kommt mir ein «Sponti-Spruch» an einer Hausfassade in den Sinn: «Mancher ist so überzeugt, dass er gar nicht weiss, wovon.» (*Heiterkeit.*) Sie haben gehört, unser Ratspräsident hat die Budgetdebatte zu einem Hochrisikospiegel erklärt. In einem Hochrisikospiegel ist von allen Beteiligten Selbstbeherrschung gefragt. Was würde wohl Wilhelm Busch zu uns sagen? «Ach, ich fühl es, keine Tugend ist so recht nach meinem Sinn. Stets befinde ich mich am wohlsten, wenn ich damit fertig bin.»

Marcel Lenggenhager (BDP, Gossau): Letzte Woche habe ich von der gleichen Stelle aus auf die jährlich unter gleichen Voraussetzungen beginnende Budgetberatung unter gleichen Positionen von bürgerlicher und linker Seite her hingewiesen. Im Grundsatz hat sich dies ja bewahrheitet, auch wenn wir Bürgerlichen dieses Mal etwas länger zur Auslotung des nun vorliegenden Budgets gebraucht haben. Wir meinen, das ist auch gut so, obwohl natürlich die Budgetminderheit, die SP und die Grünen, dies als eine Niederlage des mehrheitlich bürgerlichen Kantonsrates sehen mag. Gerade solche Kompromisse haben uns zu einem starken Kanton gemacht, den wir auch bleiben wollen.

An dieser Stelle möchte ich SVP, FDP und EDU für ihr Einschwenken im entscheidenden Moment herzlich danken. Was wir Kantonsräte von rechts bis links – wenn auch eventuell nur ungerne – zugeben müssen, ist, dass wir mit dem Globalbudget des Kantons immer noch unsere liebe Mühe haben. Mühe deshalb, weil wir zwar ein dickes gebundenes blaues Buch erhalten, ein Milizpolitiker dies jedoch kaum mit normalem Aufwand zu lesen vermag. Insgesamt gesehen eine sehr unbefriedigende Ausgangslage, die früher oder später, sofern sie nicht entscheidend verändert wird, zur Resignation führt. Unter diesen Prämissen hat die SVP wenigstens versucht, da und dort ein wenig den Haushalt zu kürzen. Ob sie dies immer am richtigen Ort und in der richtigen Höhe getan hat, möchte ich an dieser Stelle offenlassen. Den Grünliberalen muss man wenigstens ein Kränzchen winden, sich, was die Höhe der Sparanträge betrifft, ins Zeug gelegt zu haben. Leider haben sie sich dann aus der Kompromissgemeinschaft der Bürgerlichen, im Mindesten beim Pauschalkürzungsantrag, für dieses Jahr verabschiedet. Ich hoffe, dass sie in einem Jahr wieder in die Mitte zurückfinden. Die SP kennt dann schlussendlich im Budget nur einen Weg: Noch mehr ausgeben als einnehmen. Der Rest ist etwas Empö-

rung ohne Inhalt und Lösung. Und liebe Esther Guyer, während der Budgetberatungen hat eine dir nahestehende Partei, die Grünliberalen, von einer staatstragenden Partei gesprochen. Da steht es uns als Bundesratspartei doch auch einmal gut an, den entscheidenden Antrag eingebracht zu haben (*Heiterkeit*).

Was mir speziell aufgefallen ist: dass wir innerhalb des Rates dieses Jahr, wenn auch mit unterschiedlicher Meinung, sehr vernünftige Diskussionen geführt haben. Nicht so aber nach meiner Meinung der Regierungsrat. Er schien mir teilweise sehr dünnhäutig. Aussagen wie «Schulmeister» oder «Naivität dieses Rates» lassen mich dann und wann auch auf Gereiztheit und keineswegs auf staatspolitische Grösse schliessen. Ich gehe nun einmal davon aus, dass uns nun zum Schluss auch Regierungsrätin Ursula Gut erneut und wie jedes Jahr erklären wird, dass sie sich zusammen mit ihren Kollegen und ihrer Kollegin des Regierungsrates nicht verpflichtet sieht, den Pauschalkürzungsantrag umsetzen zu müssen, so wie er innerhalb des Globalbudgets die konkret gestellten Sparanträge dort umsetzen wird, wo es dann schlussendlich am besten passt. So ist es halt. Und zum alljährlichen Budgetbasar gehört auch, dass wir Bürgerlichen gegenüber der Regierung dann halt gegenteiliger Meinung sind. Was zu hoffen ist: dass die Regierung demnächst wieder einsieht, nicht zu 100-Prozent Teil der Verwaltung zu sein, sondern dass sie vor allem gewählte Vertreter der Zürcher Bevölkerung sind, deren Wohl und Zukunftssicherung auch im finanziellen Bereich vor allem ihr am Herzen liegen müssten. Ich komme zum Schluss und stelle nicht überrascht fest, dass Raphael Golta und Esther Guyer zusammen mit den von ihnen angeführten Fraktionen das Budget ablehnen. So dürfte es Sie auch nicht überraschen, dass die BDP-Fraktion dem Budget zustimmen wird.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): Die EDU hat im Jahre 2007 Fraktionsstärke erlangt und sich nun bereits mit der sechsten Budgetdebatte befasst. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, lagen wir bei den letzten fünf Debatten als Mittepartei meistens auf dem Mittekurs, den die Regierung jeweils vorgegeben hatte. Bei dieser sechsten Budgetdebatte sahen wir uns jedoch veranlasst, einige regierungskritische Äusserungen verlauten zu lassen und klar zum Ausdruck zu bringen, dass uns das Vertrauen in unsere Regierung in Finanzbelangen in weiten Teilen fehlt. Nach dem BVK-Debakel hatte die Reputation der Regierung bereits arg gelitten. Von der schleierhaften Lohnpolitik des

Regierungsrats, welche die FIKO nun aufgedeckt hat, sind wir massiv enttäuscht. Die Regierung hat es auch nicht für nötig befunden, die Wirren um die effektiven Lohnerhöhungen, die in den einzelnen Direktionen und der Staatskanzlei gewährt werden, zu klären, sondern hat einfach geschwiegen. Es macht sich sehr schlecht, wenn man in der Budgetvorlage verlauten lässt, es gebe keine beförderungsbedingten Erhöhungen der Lohnsummen beziehungsweise es werde alles aus den Rotationsgewinnen finanziert, und die FIKO dann feststellt, dass dennoch Lohnerhöhungen von durchschnittlich etwa 2 Prozent pro Lohnstelle gewährt werden. Erstaunlich ist auch, dass die Medien dieses sonst brisante Lohnthema für einmal totschiwigen und damit die wichtige Arbeit der FIKO offenbar nicht würdigen. Nun gut, die EDU wird sich dieses Themas weiter annehmen, auch wenn wir nicht in der FIKO sind.

Wir verlangen, dass die Regierung künftig mehr Transparenz gewährt, und zwar in allen Bereichen. Insbesondere fordern wir eine Erneuerung des Budgetprozesses, welche dem Kantonsrat mehr Einfluss und mehr Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere auch bei der Lohnthematik, gewährt. Die unseligen Debatten im Zusammenhang mit dem Reptilienfonds müssen abgeschafft werden. Zum einen sind Pauschalkürzungen unbefriedigend und zum andern haftet dem Reptilienfonds auch heute noch das Image der Bismarck'schen Schwarzen Kasse an, deren Verwendung zu Spekulationen verleitet.

Zur Qualität der regierungsrätlichen Budgetvorlagen halten wir fest, dass die Erträge seit Jahren schlecht budgetiert worden sind und auch der Aufwand unseres Erachtens immer viel Luft enthielt und deshalb davon ausgegangen werden muss, dass das Budget auch 2013 viel Luft enthalten wird. Es war für uns deshalb klar, dass wir den FIKO-Pauschalkürzungsantrag von 200 Millionen unterstützen, um die Regierung künftig zu grösserer Budgetgenauigkeit zu bewegen, und zwar sowohl beim Aufwand wie beim Ertrag, und nicht nur beim Saldo. Weiter haben wir den 250-Millionen-Kürzungsantrag unterstützt, um eine Mehrheit mitzutragen, damit überhaupt ein Budget genehmigt werden kann. Diesem werden wir selbstverständlich zustimmen.

Wir danken der Regierung und den kantonalen Angestellten dennoch für ihre Arbeit und hoffen, dass der eine oder andere unserer Gedanken in guter Erinnerung bleibt und vielleicht auch umgesetzt werden kann. Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, danken wir für die gute Zusammenarbeit und die engagierte und meistens vorbildliche

Streitkultur und dafür, dass Sie uns bei dieser Gelegenheit noch einmal das letzte Wort geschenkt haben. Dankeschön.

Ratspräsident Bernhard Egg: Wir kommen zur Schlussabstimmung. Die Finanzdirektorin wird nach der Schlussabstimmung noch das Wort an uns richten.

Schlussabstimmung über das Budget 2013

Der Kantonsrat beschliesst mit 120 : 53 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das bereinigte Budget 2013 mit geänderter Ziffer II des Dispositivs mit einem Ertragsüberschuss von 104'292'790 Franken in der Erfolgsrechnung und mit Investitionsausgaben von 984'577'300 Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

Regierungsrätin Ursula Gut: Sie haben soeben ein Budget verabschiedet. Das ist für das neue Jahr ein gutes Signal für den Kanton Zürich. Wenn ich so über die Grenze schaue, sehe ich einige Kantone, bei denen dies nicht der Fall ist. Ich danke Ihnen ganz herzlich für die guten Ratschläge, Ermahnungen, Belehrungen und Aufträge (*Heiterkeit*), für heute gebe ich sie nicht zurück. Die Losung der Regierung lautet, das hat Herr Golta (*Raphael Golta*) in seiner Hellsichtigkeit richtig gesehen: restriktiver Haushaltsvollzug. Selbstverständlich wird die Regierung über Ihre Haltungen diskutieren und das Resultat analysieren.

Ich glaube auch, dass das Klima rauer geworden ist. Für die Finanzdirektorin hat ein ausgeglichenes Budget auch eine hohe Priorität. Deshalb hat der Regierungsrat das Konzept 2014 bis 2017 in Auftrag gegeben. Wir fühlen uns verpflichtet, mit einem besseren Budget in die Zukunft zu gehen. Ich danke Ihnen.

Verabschiedung von Evi Didierjean

Ratspräsident Bernhard Egg: Ich komme nun zu einem Dank, und zwar an eine Person, die zwar in der Mitte dieses Saales sitzt, aber absolute Hintergrundarbeit leistet, und zwar unschätzbar wertvolle Hintergrundarbeit, die wenige von uns wahrnehmen. Es geht um Evi Didierjean, die Sekretärin der Finanzkommission.

Sie führt das Sekretariat der Finanzkommission seit 1991 und sie führt dieses Sekretariat absolut loyal, ausserordentlich zuverlässig und sachkundig und sie erstellt für das Präsidium einen Verhandlungsleitfaden, der seinesgleichen sucht. Evi Didierjean amtet heute zum letzten Mal als federführende Sekretärin der Finanzkommission. Sie wird nächstes Jahr voraussichtlich noch dabei sein, aber dann vermutlich schon mit einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger. Das gibt Gelegenheit, dir, Evi, ganz, ganz herzlich zu danken. Ich wünsche an dieser Stelle dir bereits ganz schöne Weihnachtstage und «äs guets Nöis». (*Anhaltender kräftiger Applaus. Der Ratspräsident überreicht Evi Didierjean einen Blumenstrauss.*)

Wünsche zum Jahreswechsel

Regierungspräsident Markus Kägi: Hochgeachteter Herr Präsident und alle Räte hier präsent, gestatten, dass zu dieser Time, zu Ihnen sprech' ich nun im Reim.

Vorbei ist jetzt die Finanzdebatte und alle Parteien legten ihre Latte, verschieden hoch, wie man soll sparen, nur wie, war man sich nicht im Klaren.

Doch nun zum Schluss ward abgestimmt und das Ergebnis noch getrimmt, dass eine Mehrheit sich gefunden. So kam das Budget über d' Runden.

Die Regierung nimmt's Verdikt entgegen, sie kann nicht sagen: «S' kommt gelegen». Doch weiss sie, wer das Sagen hat, spricht kurz: «Verstanden», wenn auch matt.

Schon spielt sich immer im Advent, wenn am Kranz die Kerze brennt, die gleiche heilige Geschicht', wie Samichlaus mit Bösewicht.

Das Jahr geht bald dem Ende zu und alle Räte finden Ruh. Wer freut sich nicht auf diese Tage, ich auch – wie du – s' ist keine Frage.

Wir sieben wünschen ganz von Herzen ein Weihnachtsfest von Licht mit Kerzen, mit Ihrer Liebsten, Freund, Bekannten und – nicht vergessen – auch Verwandten.

Dann kommt der Sprung ins neue Jahr. 2013 – das ganz klar – wird alles anders, es wird kommen, wie letztes Jahr wir vorgenommen.

Auch für dies wünschen wir sieben– für Sie und alle Ihre Lieben – aus einer Kehle, einem Mund: Viel Glück und bleiben Sie gesund! (*Applaus.*)

Ratspräsident Bernhard Egg: Damit ist Traktandum 3 erledigt. Ich danke herzlich für die Voten von Regierungsrätin Ursula Gut und Regierungsräsident Markus Kägi.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Rolf André Siegenthaler, Zürich
Ratssekretärin Barbara Bussmann verliest das Rücktrittsschreiben:
«Der Bundesrat hat mich auf 1. Januar 2013 zum Chef Armeepaltung, stellvertretender Chef Armeestab, ernannt. Diese anspruchsvolle Tätigkeit lässt zur Ausübung des Kantonsratsmandates nicht mehr genügend Zeit. Ich muss deshalb um Bewilligung des vorzeitigen Rücktritts aus dem Kantonsrat ersuchen.

Mein politisches Engagement gründet auf den Artikel 6 der Schweizer Bundesverfassung. Dieser lautet: «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.» Die Übernahme von Verantwortung durch Ausübung öffentlicher Ämter und Funktionen entspricht damit einer Bürgerpflicht gegenüber Staat und Gesellschaft. Nach knapp fünf Jahren im Gemeinderat der Stadt Zürich und nach neun Jahren Kantonsrat habe ich meinen Beitrag, so hoffe ich wenigstens, geleistet. Ich konzentriere mich fürderhin auf die korrekte Ausübung meiner ebenfalls im öffentlichen Interesse liegenden beruflichen Tätigkeit zum Wohl der Sicherheit des Landes.

Auch wenn das gerade nicht der Hauptzweck war, bereitete mir die Arbeit in den Räten stets Freude und sie war interessant. Man gewinnt einen ganz direkten Einblick in die Funktionsweise unserer Gemeinwesen. Aus diesem Wissen heraus hoffe ich inständig, dass das Schweizer Volk die unselige Volksinitiative zur Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht ablehnen wird (*Heiterkeit*), weil diese nicht nur die Armee, sondern generell unsere, auf die Verpflichtung der Fähigen zur Mitarbeit im Staat gründende, direkte Demokratie zerstören würde.

Abschliessend danke ich für die vielen positiven Begegnungen und wünsche allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten im Allgemeinen und jenen der SVP-Fraktion im Besonderen viel Glück und Erfolg bei ihrer wichtigen Tätigkeit zum Wohl der Gesellschaft.

Rolf André Siegenthaler. »

Ratspräsident Bernhard Egg: Wie Rolf André Siegenthaler in seinem Rücktrittsschreiben anklingen lässt, war er mit den parlamentarischen Gepflogenheiten schon bestens vertraut, als er nach den Gesamterneuerungswahlen von 2003 den Wechsel vom Städtzürcher Gemeinderat in die kantonale Legislative vollzogen hat.

Von seiner SVP-Fraktion ist Rolf André Siegenthaler sogleich für die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (*KJS*) nominiert worden, ein Mandat, für das der Städtzürcher Berufsoffizier geradezu prädestiniert war. Nachdem er seinen Erfahrungshintergrund während acht Jahren in die *KJS* eingebracht hatte, wechselte Rolf André Siegenthaler nach den jüngsten Kantonsratswahlen in die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit. Dort übernahm er das Präsidium der Subkommission «Zürcher Fachhochschule» und wirkte als kompetentes und besonnenes Kommissionsmitglied. Diese Qualitäten pflegte Rolf André Siegenthaler auch im Rat. Er meldete sich nicht jeden Montag zu Wort, obschon er sich bei Bedarf sehr wohl kraftvoll für die bürgerliche Sache, insbesondere in der Stadt Zürich, einzusetzen wusste.

Ich danke Rolf André Siegenthaler herzlich für seine dem Stand Zürich geleisteten wertvollen Dienste. Für deine künftige Tätigkeit als Chef Armeepflege des VBS (*Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport*) im stolzen Rang eines Brigadiers wünsche ich dir, lieber Rolf, eine glückliche Hand und viel Erfolg. Wir sind ja gespannt, was du da planen wirst, einen Plastik-Gripen habt ihr ja schon. Bei dieser grossen Herausforderung wirst du dich zweifellos gerne auf Deine Zürcher Wurzeln abstützen, welche sich nicht zuletzt in deinem Amt als Zunftmeister manifestieren. Dort werden wir uns auch wiedersehen, ich freue mich schon sehr darauf. Alles Gute wünsche ich dir im Namen des Kantonsrates persönlich und beruflich. Ich wünsche dir schöne Weihnachten und «äs guets Nöis». (*Applaus.*)

5870

Ich gehe davon aus, dass du noch Zeit hast, mit uns anzustossen. Das machen wir nun nämlich. Wir schalten fast pünktlich um halb zwölf die Mittagspause ein. Ich lade Sie ein zum traditionellen Apéro im Festsaal und im Foyer. Margot Spiller von der Schloss-Schenke Elgg wird Sie wieder mit Ihrem wunderbaren Buffet begrüßen. Ich wünsche «en Guete und Prost!».

Schluss der Sitzung: 11.30 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 17. Dezember 2012

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 14. Januar 2013.